

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Welschbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur: Herr F. Paepflow, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg 5, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Verlags-Anzeigen
für die dreispaltigen Zeilen ober deren Raum 30 A.
Zeitungss-Preisliste Nr. 3338.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Inhalt: Der verfloßene Reichstag. — Phrasen, Schlagworte und Lügen der Reaktion. — Wie ist es um die „Rechtung“ des Handwerks bestellt? — Wirtschaftliche Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Ausperrungsfehler. Verammlungen und sonstige Bewegung. Wer ist Terrorismus? Christliche Frechheiten. Zur Maurerbewegung in der Schweiz. Der Maurerstreik in Basel. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterverunglückungen, Subventionen zc. Reform des Submissionsverfahrens in Bayern. Arbeiterschaft und Wohlholfrage. — Aus anderen Verufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen. — Feuilleton: Bauhandwerker im Mittelalter.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Schleswig-Holstein:
Alt-Heikendorf-Laboe (Bausperrung), Mölln i. L. (Differenzen);

Mecklenburg:
Bolzenburg (Maurerstreik), Neukloster-Warin-Bröl-Sternberg, Alt- und Neustrelitz, Fürstenberg (Maurer ausgesperrt), Schwaaen, Klütze, Dassow (Streik), Neubukow, Grevesmühlen (Differenzen), Gadebusch (Zimmererstreik);

Prov. Brandenburg:
Lehna (Maurerstreik), Tegel (Sperrung über Engalke & Valtling), Gr.-Kreuzer Lohngebiet (Sperrung über den Unternehmer Jacob aus Lehna), Spremberg (Differenzen);

Pommern:
Swinemünde-Ahlbeck-Beringsdorf (Maurerstreik), Gartz a. d. O. (Sperrung über Kersten in Gramzow, Bau in Staffeld), Oßlin (Differenzen), Stolp (Ausperrung der Zimmerer);

Ost- und Westpreussen:
Thorn (Sperrung über Stadler und Richter), Graudenz (Bausperrung), Konitz (Sperrung über Arndt), Tapiau (Sperrung über Böhm), Gumbinnen (Bausperrung: Wassermühle und Unternehmer Preik), Elbing (Differenzen);

Prov. Posen:
Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer ausgesperrt), Meseritz (Maurerstreik);

Prov. Sachsen:
Stassfurt (Maßregelung der Maurer auf den vereinigten chemischen Fabriken), Aschersleben, Schackensleben (Differenzen), Trebitz a. d. Elbe (Bausperrung über Eitner in Schnellin);

Königl. Sachsen:
Dresden und Umgegend (Ausperrung), Plauen i. V. (Differenzen);

Sa.-Altenburg:
Schmöln, Eisenberg (Streik);

Thüringen:
Hilmenau (Streik gegen Lohnreduktion);

Prov. Hannover:
Alfeld, Osterode-Glausthal-Berzberg am Harz (Maurerstreik), Lüneburg (Bauarbeiterstreik), Osna-brück (Zimmererstreik), Vechta (Sperrung über Schlüter in Langförden), Göttingen (Differenzen);

Hessen:
Mainz (Maurer ausgesperrt);

Rheinprovinz:
Cöln (Fuger und Putzer streiken, die Unternehmer drohen mit der Aussperrung), Mülheim a. d. Ruhr (Differenzen);

Westfalen:
Lübbecke (Maurerstreik);

Elsass-Lothringen:
Strassburg und Umgegend (Maurer- und Zimmererstreik), Colmar (Zimmererstreik, Maurer stellen Forderungen);

Bayern:
Schwabach (Sperrung über den Rentamtsbau), Nürnberg (Differenzen), Fürth (Sperrung über Ritzler & Schlick);

Ausland:

Böhmen:
Teplitz (Maurer und Zimmerer stehen in der Lohnbewegung);

Ungarn:
Agram, Pressburg (Maurerstreik), Budapest (Streik der Bausteinmetzen);

Schweiz:
Bern, St. Gallen (Differenzen), Zürich (Zimmerer- und Steinhauerstreik);

Norwegen:
Kristiansand (Maurer im Streik, um Lohnreduktion abzuwehren).

Der verfloßene Reichstag.

Mit dem am 30. April erfolgten Schluß des Reichstages hat die sechste Legislaturperiode ihr Ende erreicht. Dieselbe umfaßte im Ganzen 302 Sitzungen und war nur in zwei Sessoren geteilt: die erste vom 6. Dezember 1898 bis 12. Juni 1900, die zweite vom 14. November 1900 bis 30. April 1903.

Als hauptsächlichstes Charakteristikum des abgelaufenen Reichstages ist hervorzuheben, daß er an chronischer Beschlussunfähigkeit litt. Die Ursachen dieser Erscheinung sind zu sehen einerseits in der seitens der reaktionären Mehrheit herbeigeführten Verlängerung der Legislaturperioden von drei auf fünf Jahre, andererseits in der Diätenlosigkeit sowie in der wachsenden politischen Korruption der Vertreter der sogenannten staatsfeindlichen Parteien. Ein scharfes Gepräge erhielt die Parlamentsarbeit ferner durch die ausfallende Stellung des Zentrums. Diese Fraktion brachte wahrhaft ungeheuerliche diplomatische Ruhhandel zu Stande, wie sie namentlich bei der Flottenvermehrung ihre bekannte Rolle spielte, wo das Zentrum mit einem stolzen „Nein“ gegenüber den Regierungsforderungen in seiner Presse und in Versammlungen anging, um alsbald, nachdem der Schacher hinter den Kulissen abgeschlossen war, im Reichstage mit einem überzeugten „Ja“ zu erwidern. Alles in Allem war es diesem Reichstage beschieden, den tiefsten Stand des deutschen Parlamentarismus, die schönste Bergewaltung des geschriebenen parlamentarischen Rechts durch die gewissenlose Mehrheit zu erleben.

Stellen wir die hauptsächlichsten Leistungen des dahingegangenen Reichstages in kurzen Zügen fest.

Die Militär- und Marinelasten sind in erheblicher Weise vermehrt worden. Dem Landheer wurden neue 19 000 Mann zugewiesen. Die fortwährenden Ausgaben für dasselbe sind seit dem Jahre 1898 von M. 511 892 000 auf M. 576 333 000 im Jahre 1903 gestiegen. Dazu kommen für diese Zeit an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben noch über M. 600 000 000.

Durch die zwei Flottenvorlagen von 1898 und 1900 wurde eine gewaltige Vermehrung der Marine herbeigeführt, was gleichbedeutend ist mit einer weiteren Belastung des Volkes um viele Hunderte von Millionen. Alles in Allem belaufen sich die seit 1898 vom Reichstage für die Marine bewilligten Ausgaben auf mehr als eine Milliarde.

Dahingegen sind die berechtigten Forderungen, betreffend Aufbesserung der Invaliden-Pension und Veteranen-Beihilfe nicht erfüllt worden, so energisch die sozialdemokratische Fraktion auch für diese Forderungen eintrat. Der Militäretat verschlingt jährlich ungeheure Summen, aber die Kriegsinvaliden müssen

barben — so will es der „Patriotismus“ der „staats-erhaltenden“ Elemente.

Die Kämpfe um den Posttarif, die beispiellose Art und Weise, wie der neue Posttarif, berechnet auf die künstliche Vertheuerung der notwendigsten Lebensmittel des Volkes, zu Stande gebracht wurde, ist noch in aller Erinnerung. Mit dieser Leistung haben die reaktionären Parteien sich eines unverzeihlichen Verbrechens an der Nation schuldig gemacht.

Auf dem Gebiete des politischen Rechtes sind einige geringe Reformen, die sich nicht länger abweisen ließen, zu verzeichnen: die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine; die Einschränkung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse; die Aufhebung des Diktaturparagrafen in Elsaß-Lothringen; die Abänderung des Urheber- und Verlagsrechts; das neue Postgesetz, welches die Privatposten für den Ortsverkehr abschaffte und gleichzeitig eine Ermäßigung der Briefstufen für den Orts- und Nachbarortverkehr brachte; endlich die am Schluß der letzten Session angenommene bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses.

Auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung nahm zu Anfang der Legislaturperiode das gegen die Arbeiterfraktion gerichtete „Ruchthausgesetz“ das Interesse der weitesten Volksschichten, besonders der Arbeiterklasse, in Anspruch. Dieses Gesetz sollte angeblich dem „Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ dienen, in Wahrheit aber sollte es dienen zur Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, zur Zerstörung ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Schußlos sollte die Arbeiterklasse der Willkür, dem schönfärblichen Terrorismus des Unternehmertums sowie der Polizeiwillkür preisgegeben werden. Die Regierung hatte sich geradezu mit dem arbeitfeindlichen Unternehmertum verbündet. Gegen dieses Ausnahmengesetz führte die Arbeiterfraktion einen außerordentlich energischen Kampf, in welchem sie von zahlreichen bürgerlichen Sozialreformern unterstützt wurde. Am 20. November 1899 wurde es im Reichstage mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und des Zentrums abgelehnt. Das Zentrum stimmte deshalb dagegen, weil es angesichts der auch in den Kreisen der katholischen Arbeiter herrschenden oppositionellen Gährung nicht wagen konnte, seine Hand zur Entrechtung und Knebelung der Arbeiterklasse zu bieten.

Eine im Juli 1899 beschlossene Abänderung des Invaliditätsversicherungsgesetzes brachte einige Verbesserungen: es erhöhte die Jubelungen an die Versicherten und verkürzte die Karenzzeit von 235 auf 200 Wochen, bei der Altersrente von 1410 auf 1200 Wochen.

Auch die sechs Gesetze umfassende Reform der Unfallversicherung brachte einige Erweiterungen, die für die Arbeiter von Vorteil sind; u. A. ist der Versicherungszwang ausgedehnt worden auf eine Reihe weiterer Betriebe, z. B. Schlossereien, Brauereien, Schlächtereien zc.

Durch die am Schluß der letzten Tagung verabschiedete Novelle zum Krankenversicherungsgesetz ist allerdings bei Weitem nicht den berechtigten Anforderungen der Arbeiterklasse genügt. Doch ist es der sozialdemokratischen Fraktion gelungen, wenigstens einen Teil höchst bedenklicher reaktionärer Bestimmungen zu verhindern.

Auch die Seemannsordnung ist erheblich hinter den wohl begründeten Ansprüchen der Seeleute zurückgeblieben. Ebenso ist das Gesetz über die Beschränkung der Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben eine Halbheit geblieben. Hauptsächlich ist zu tadeln, daß die in der Landwirtschaft beschäftigten

Kinder keines Schutzes theilhaftig geworden sind, also der unbeschränkten Ausbeutung überantwortet bleiben.

Durch eine Novelle zur Gewerbeordnung ist der Lebenslohn um 9 Uhr eingeführt und die Ruhezeit der Handlungsgehilfen festgelegt worden.

Auch das Gesetz über die Gewerbebetriebe hat eine Reform erfahren. Die betreffende Novelle macht die Einrichtung von Gewerbebetrieben für Orte mit über 20 000 Einwohnern obligatorisch; auch werden die Bestimmungen geregelt, unter denen das Gewerbebetriebe als Einigungsamt dienen soll.

Weiter ist noch zu erwähnen das Gesetz, betreffend die Phosphor-Bündelwaaren-Fabrikation, welche eine die Arbeiter mit schlimmsten Schädigungen der Gesundheit bedrohende Industrie verbietet.

Bei allen den hier erwähnten sozialpolitischen Gesetzen ist die sozialdemokratische Fraktion nach Kräften bemüht gewesen, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, und zwar nicht ohne Erfolg. Was an Verbesserungen, an wirklichen Reformen erreicht wurde, mußte in den schwersten Kämpfen der reaktionären Mehrheit abgerungen werden. Diese Mehrheit war immerfort darauf bedacht, nicht nur die schamloseste Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch das System der Höhe und indirekten Steuern zu betreiben, sondern auch dieses Volk nach Möglichkeit zu entziehen und zu unterdrücken, die Freiheit zu erwürgen. Zwar sind ihre diesbezüglichen Pläne gescheitert; aber die Männer der Staatsvergangenheit Politik werden damit immer wieder aufs Neue hervorgerufen, wenn das Volk gewissenlos genug gegen sich selbst ist, ihnen abermals zu einer Mehrheit im Reichstage zu verhelfen. In der Hand der Arbeiter liegt es, durch energisches Eintreten für die Kandidaten der Sozialdemokratie am Tage der Reichstagswahlen die Reaktion im Parlament zu überwinden.

Phrasen, Schlagworte und Lügen der Reaktion.

IV.

Wir wenden uns jetzt einer Phrase zu, die dazu bestimmt ist, hinwegzutäuschen über den sich immer mehr verschärfenden wirtschaftlichen Interessen Gegensatz und Kampf und über die von den reaktionären Elementen betriebene, geradezu gemeingefährliche Sonderinteressenpolitik. Sie lautet:

„Schutz der nationalen Arbeit“.

Mit diesen Worten leitete der „große Staatsmann“ Bismarck die rückwärtslose Zoll- und Plünderungs-

politik ein, unter der das arbeitende Volk so schwer zu leiden hat, die Politik der Vertreibung des notwendigen Lebensbedarfs. „Schutz der nationalen Arbeit“ ist die Lösung einer Aufgabe von Großindustriellen und noch mehr der aristokratischen Agrarier, die für sich ein Privileg auf Unzufriedenheit und Begehrtheit in Anspruch nehmen, sowie der „Mittelstandspolitiker“ konservativer, ultramontaner und antisemitischer Dsjeranz. „Schutz der nationalen Arbeit“ ertönt es aus den Organen dieser Kreise, „Schutz der nationalen Arbeit“ schallt es in den Parlamenten und auf allen Gassen. „Schutz der nationalen Arbeit“, das ist der Slogan, den man dem Volke hinwirft, um es der Plünderungspolitik dienstbar zu machen. „Schutz der nationalen Arbeit“, das ist die Parole des vorkonventionellen Konservatismus für die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Der Großgrundbesitz stellt sich geschnitten in seinen Einkünften durch die Auslandsfonturrenz; er sieht durch die industrielle Entwicklung sich bedrängt in seiner durch Jahrhunderte gefestigten und als unantastbar geltenden Herrschaftstellung. Durch sogenannte „Schutzzölle“ auf ausländische landwirtschaftliche Produkte; durch Besetzung der Handelsvertragspolitik, ohne welche eine dem Volksinteresse entsprechende Entwicklung von Handel und Industrie unmöglich ist; durch staatlichen Normalpreis des Getreides (Antrag Rantig) und durch Münz- bzw. Währungsverschlechterung; durch Besetzung bzw. einer der Besetzung gleichkommende Beschränkung der Freizügigkeit, will (abgesehen von der endlosen Reihe der sogenannten „kleinen Mittel“), das junkerliche Großgrundbesitzthum seine alte Stellung festigen und sichern. Der adeliche Adel will nicht nur Herr bleiben in Preußen; er will auch Herr werden im Reich; das ganze sogenannte „niedere“ Volk Deutschlands soll, frohend und Tribut leistend, der Schmel seiner Herrlichkeit sein und bleiben.

Diese elende Sonderinteressenpolitik in Verbindung mit dem Wüten der preussischen Reaktion überhaupt, hat im Reich die, was noch gefunden politischen Sinnes ist, rebellisch gemacht. Daher, insbesondere auch die vielberufenen „partikularistischen“ Strömungen“ in Süddeutschland, von denen man sagt, daß sie „die Reichseinheit gefährden“.

Für solchen „Schutz der nationalen Arbeit“ ist die Masse des Volkes nicht zu haben. Um ihn „populärer“ und „plausibler“ zu machen, verquirlt man mit diesem Volksbetrug den Schwindel der sogenannten

„Mittelstandspolitik“.

Den Bauern, den Handwerkern, den kleinen Gewerbetreibenden, allen denen, die den „Mittelstand“ bilden, soll nach der Versicherung der Reaktionsdemagogen „geholfen“ werden; man schwindelt ihnen vor, daß es Mittel gebe, den Untergang des Kleinbetriebes, der mit Nothwendigkeit aus der ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft sich ergibt, zu verhindern. Von den Demagogen glaubt zwar selbst Keiner, daß das möglich ist. Es ist ihnen auch garnicht darum zu thun, dem „Mittelstande“ zu helfen; sie wollen sich des Mittelstandes nur bedienen für ihre Zwecke; sie brauchen Stimmen bei den Wahlen; sie wollen die politische Unterstützung des Mittelstandes um ihrer politischen Herrschaft willen. Deshalb greifen sie sich als die „Freunde“ der Bauern, des Handwerkers, des kleinen Gewerbetreibenden. Deshalb versuchen sie, den „Philister“ in den Schlingen seiner eigenen Gierigkeit für sich einzufangen, indem sie rühmen, der Mittelstand sei die

„Stütze des Staates und der Monarchie“.

Die Großgrundbesitzer, die Latifundienbesitzer haben die Ersten von ungezählten Tausenden von Bauern auf dem Gewissen. Wo heute die riesigen Güter sich ausdehnen, da sahen einmal selbstständige Bauern. Der Junker hat sie im Laufe der Zeiten durch List, Verzug und Gewalt vernichtet, ihres Besitzes beraubt und entweder zu Schuldenklaven gemacht oder zur Auswanderung gezwungen. Und doch erbsüßet das Junkertum sich nicht zu behaupten, es wolle den Bauern „Hilfe und Rettung“ bringen! Es möchte die Bauern glauben machen, ihre Interessen seien übereinstimmend mit denen des Großgrundbesitzes. Das ist ebenföhl wenig der Fall, wie eine Interessengemeinschaft zwischen Handwerk und Großindustrie besteht.

Von einer Interessengemeinschaft dieser beiden Faktoren sprechen die Demagogen nicht. Da lassen sie die Thatigkeit gelten, daß der Großkapitalismus mit dem Großbetrieb den Kleinbetrieb vernichtet. Aber weshalb lassen sie das gelten? Einmal, um ihrer grundsätzlichen Feindschaft gegen die industrielle Entwicklung zu genügen, und dann, um die Klein-gewerbetreibenden durch die Vorpiegelung, es könnte ihnen geholfen werden durch zünftlerische Einrichtungen, durch Einschränkung bzw. Aufhebung der Gewerbefreiheit, durch Sonderbesteuerung der großen Baarenhäuser und was des Schwindels mehr ist, zu veranlassen, der reaktionären Politik Erfolge zu leisten. Und um diese Charlatanerie noch „augkräftiger“ zu machen, wird sie ver-

Bauhandwerker im Mittelalter.

Maurer, Zimmerer, Töpfer, Maler, Dachbeder uhm. waren Gewerbe, die schon im Mittelalter in verhältnismäßig hoher Blüte standen. Wenn auch die Städte, deren Einwohnerzahl die heutige in keiner Weise auch nur annähernd erreichte, durch Hausbauten nicht allzu viel Beschäftigung gaben, so waren es doch gerade die mittelalterlichen Brundbauten (Kirchen, Paläste etc.), die dem Bauhandwerk das Handwerkstehige nahmen und dafür das Kunstmäßige gaben.

Dieses Kunstmäßige ihres Gewerkes hatte denn auch ein gut Theil dazu gethan, daß die Bauhandwerke in die erste Reihe der mittelalterlichen Gewerbe gestellt wurden. Eine Folge hiervon war es, daß sich gerade bei den Bauhandwerkern das Formelwesen, das so charakteristisch für alle mittelalterlichen Gewerbe ist, besonders stark herausbildete. Namentlich bei den Maurern bildete es um die Zeit des dreißigjährigen Krieges. In erster Linie handelte es von allen Gewerksangehörigen geheimgehaltenen „Handwerksgeheimnissen“. Eine diesbezügliche Stelle im Maurerstatut des Hirschenbundes Halberstadt (1695) besagt: „Es soll ein Meister, wenn er einen Diener nach Handwerksgeheimnissen ausgewiesen, so hoch vernachlässigen, was ihm an Worten anvertraut ist, bei seiner Seele Seligkeit im Herzen zu behalten und keinem Menschen, außer jeholichen Maurern, zu offenbaren habe bei Verlust seines Handwerks.“

Von dem mittelalterlichen Formelwesen der Maurer ist dieser Gruch auf besten Hindislaubden eine so hohe Straße gefahrt war, außerordentlich interessant, so daß er es verdient, wenigstens theilweise hier wiedergegeben zu werden. Erat der wandernde Geselle in die Herberge vor den verammelsten Handwerksgehilfen ein, so hatte er vor allen Dingen einen Gruch von den Kollegen der Stadt zu bestellen, in der er zuletzt gearbeitet hatte. Dann hat er die Mitglieder, seinen Namen in das Brunderschlößchen einzutragen. Die Mitglieder traten hierauf hervor, legten zwei Maßstäbe kreuzweise übereinander und sprachen: „Mit Gruch und Erlaubnis! Gott ehre diesen Plan und alle, die hier nach Erdarbeit Gesellschafft, bist Du ein „Meister“ (nicht Künftig des Gruches) oder ein „Grüher?“ Und nun entspann sich folgendes Frage- und Antwortspiel.

Frömdler: „Ich bin ein Grüher. Durch Schnee und Eis bin ich gereist, willst Du auch wissen, wie mein Name heißt?“

Allgefelle: „Wer hat Dich ausgesandt?“

Frömdler: „Mein ehrbarer Lehrmeister, ehrbare Bürger und ein ganz ehrbares Handwerk der Maurer zu Z.“

Allgefelle: „Worank?“

Frömdler: „Auf ehrbare Beförderung, Zucht und Ehre dartzell.“

Allgefelle: „Was ist Zucht und Ehre dartzell?“

Frömdler: „Handwerksgebrauch und Gewohnheit.“

Allgefelle: „Wann fängt selbste an?“
Frömdler: „Sobald ich meine Bejahre treu und ehrlich ausgehandelt.“
Allgefelle: „Wann endigt sie?“
Frömdler: „Wann mir der Tod das Herz abdrückt.“
Allgefelle: „Woran erkennst man den Maurer?“
Frömdler: „An der Ehrbarkeit.“
Allgefelle: „Wo ist das ehrbare Handwerk der Maurer in Deutschland ausgerichtet worden?“
Frömdler: „Zu Magdeburg auf dem Dom.“
Allgefelle: „Wie hat der erste Maurer geheißen?“
Frömdler: „Anton Hieronymus, und das erste Werkzeugg hat Waffam erfunden.“
Allgefelle: „Wie viel hat der Maurer Worte?“
Frömdler: „Sieben.“
Allgefelle: „Wie lauten diese Worte?“
Frömdler: „Gott grüße die Ehrbarkeit, Gott grüße die ehrbare Weisheit, Gott grüße das ehrbare Handwerk der Maurer, Gott grüße einen ehrbaren Meister, Gott grüße einen ehrbaren Polter, Gott grüße eine ehrbare Gesellschafft, Gott grüße eine ehrbare Beförderung hier und aller Orten, zu Wasser und zu Lande.“
Allgefelle: „Was ist Heimslichkeit an sich selbst?“
Frömdler: „Erde, Feuer, Luft und Schnee, Woburd ich auf ehrbare Beförderung geh.“
Allgefelle: „Was tragt Du unter Deinem Hut?“
Frömdler: „Eine hochwürdige Weisheit.“
Allgefelle: „Was tragt Du unter Deiner Junge?“
Frömdler: „Eine hochwürdige Weisheit.“
Allgefelle: „Warum tragt Du einen Schurz?“
Frömdler: „Dem ehrbaren Handwerk zu Ehren und mir zum Vortheil.“
Allgefelle: „Was ist die Stärke bei unfremem Handwerk?“
Frömdler: „Dasjenige, was Wasser und Feuer nicht verzehren kann.“
In dieser Weise ging der „Gruch“ noch eine ganze Weile fort. Sollte der Fremde dieses Erzauen in jeder Weise richtig bejaht haben, so hatte er sich dadurch als echter Maurer legitimirt und sich all der Vergünstigungen und Vortheile theilhaftig gemacht, die ihm, als solchen zukamen.
Im Verhältnis zu den anderen Handwerkern standen sich denn auch im Mittelalter die Bauhandwerker nicht allzu schlecht. Rechnet man den mittelalterlichen Gesellen in unserer heutigen Geld- und, so wüthete er etwa 75 Pfennig, der Gulden etwa 15 Mart. So erhielt 1470 im Balde der Maurer einen Tageslohn von 2 Groschen 4 Pfennig, in Thüringen (Ende des 16. Jahrhunderts) bekamen die Maurer während des Sommers 3 Gr. täglich, während des Winters hingegen nur 16 Pfig., der Parlier erhielt der Töpfer (1612) 8 Gr. Der Schieferdecker wurde im

Thüringland im Jahre 1629 mit 14 Gr. wöchentlich besahft, 1641 erhielt er bereits einen Gulden mehr. Der Ziegeldecker hatte 1566 pro Woche 18 bis 21 Gr. zu beanspruchen. Der Maurer wurde 1600 durchschnittlich mit 15 bis 18 Gr. pro Woche entlohnt; der Parlier fand sich auf 1 Gulden 8 Gr. Zu verlebten Zeit gingen die Zimmergehilfen wöchentlich mit 13 Gr. heim; allein 1629 hatten sich ihre Löhne bereits auf 16 Gr., 1541 auf 17 Gr. und 1641 auf 18 Gr. erhöht. Die Zimmerparlieren standen sich im Großen und Ganzen ebenso wie die der Maurer. An Sonn- und Feiertagen wurden die Gesellen nicht immer entlohnt, jedoch frei beföhligt. In der sächsischen Landesordnung von 1482 heißt eine diesbezügliche Stelle: „Ein Feiertag in der Woche soll vom Lohne nicht abgezogen, von zwei Feiertagen aber einer, bei drei Feiertagen soll die Hälfte Lohne ausgezahlt werden“. Regentage wurden gewöhnlich nicht vom Lohne abgezogen.
Auch die weimarische Landesordnung von 1556 kennt ähnliche Bestimmungen. Es heißt da: „Einem Maurer und Zimmermann, die Meister sein und ihre eigenen Waffen haben, soll man eine Woche ohne Stoff 1 Gulden und derselbigen Gesellen 18 Gr. zum Lohne geben. Einem Steinmeger, der Meister ist, und sein Zeug hat, soll man die Woche 1 Gulden geben und ihn, dazu die Schwärze halten, auch den Zeug, da derselbige zerfällt, wiederum zurücklassen lassen, wie er den an die Arbeit gebracht. . . . Den Steinmeger, Maurern und Zimmerleuten, Meistern und Gesellen, soll ein Feiertag und ein Regentag in der Woche verlohnet werden. So aber in jeder Woche ein Feiertag und Regentag und also beide zusammenfallen, so soll ihnen denn nicht mehr, denn ein Tag verlohnet werden. Feiertag aber mehrere Regentage ein, so soll ihnen diefeiben alle bis auf einen an ihrem Wohnlohn abstraffen.“
Derartige Landesordnungen, die für größere Gebiete eine einheitliche Lohnhöhe herzustellen und einzuführen strebten, finden sich im 16. Jahrhundert fast in ganz Deutschland. So auch in Thüringen 1556, wo der Wochenlohn der Maurer und Zimmerleute auf 18 Gr. festgelegt wird.

Vom achtzehnjährigen Normalarbeitsstag freilich waren die Bauhandwerker des Mittelalters noch recht weit entfernt. Zimmerhüt aber waren sie in puncto Arbeitszeit auch nicht der Billigkeit des Bauern unterworfen. Die Reichspolizeiverordnung von 1630 besagte in dieser Hinsicht: „Und sollen alle Steinmeger, Maurer, Zimmerleute, Tischler und Tagelöhner von Oßtern bis auf Bartholomäi früh um 4 Uhr an, und gegen Abend, wenn es schick schlägt, von der Arbeit gehen. Früh mögen sie eine Stunde und um Mittag auch eine Stunde ruhen; früh ½ Stunde und um Mittag 1 ½ Stunde essen und feiern.“
Alle diese Bestimmungen beunten sich nach und nach auch auf die anderen Branchen des Bauhandwerks aus, stehen diefe ertarfen, selbstständiger werden und sich getrennt von Maurer und Zimmermann eigene Wege bahnen.
L.

fluchten mit der albernen Lüge, daß die Sozialdemokratie die

„Feindin des Mittelstandes“

sei, daß sie das Bestreben habe, ihn in's Proletariat herabzubringen.

Vernünftige Leute aus dem Mittelstande können für diese lächerliche Behauptung nur ein mitleidiges Lächeln haben. Denn die Thatfache ist doch offenbar, daß der Zerfall und die Vernichtung des Kleinbetriebes sich völlig ohne Zutun der Sozialdemokratie, nach Maßgabe der ökonomischen Entwicklung vollzieht. Unter „Verbrechen am Mittelstand“ besteht darin, daß wir den Handwerkern, den Kleingewerbetreibenden die Wahrheit sagen und sie warnen, auf den Schwindel hineinzufallen. Die Einsicht, daß von einer besonderen „Mittelstandspolitik“ vernünftiger Weise nicht die Rede sein kann, daß dahinter nur ein demagogisch-spekulativer Humbug steckt; daß die Kleingewerbetreibenden dahin gehören, wo das Recht der ehrlichen Arbeit verfochten wird, auf die Seite der Sozialdemokratie — diese Einsicht ist längst in erheblichem Maße vorhanden und wird immer allgemeiner trotz der „Mittelstandspolitik“, die sich beständig selber richtet. Ein sehr großer Teil, ja, in manchen Bezirken der größte Teil der Kleingewerbetreibenden, deren Lage sich von der des Lohnproletariats nicht unterscheidet, gehört der Sozialdemokratie an und andere Massen werden zweifellos sich ihr anschließen.

Wie der Lohnarbeiter, so wird auch der um sein täglich Brot sich mühende Kleingewerbetreibende betroffen von der ungerechten Zoll- und Steuerpolitik, welche die reaktionären Interessenparteien in's Werk gesetzt haben. Oder hat der „Mittelstand“ ein Interesse daran, daß das Brot, das Fleisch, die notwendigsten Konsumartikel ihm durch diese Politik rüchelos verteuert werden von denselben Leuten, die da vorgeben, ihm helfen zu wollen?! Gewiß nicht!

Mit einer gerechten Steuerpolitik, wie die Sozialdemokratie sie unangesezt erstrebt, mit einer progressiven Reichseinkommensteuer, die Jeden im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit trifft, würde dem Kleingewerbetreibenden wie dem arbeitenden Volke überhaupt eine mehr Wohlthat erwiesen. Aber dafür sind die reaktionären Politiker nicht zu haben; die Laßen sollen auf den schwachen Schultern ruhen bleiben. Das so oft gehörte Wort von der „Befastung der stärkeren Schultern“ ist im Munde der reaktionären Politiker auch nur eine heuchlerische Phrase; so lange sie in der Gesetzgebung die Herrschaft haben, wird dieses Wort nicht Wahrheit werden.

Den denkbar tollsten Unfug verüben die „Mittelstandspolitiker“, indem sie die Kleingewerbetreibenden aufzuheben versuchen gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft bezw. gegen die Arbeiterschaft überhaupt, die darauf angewiesen ist, sich vom Kapital die Mittel zu einer besseren Lebenshaltung zu erkämpfen. Gehen es den Arbeitern schlecht, sind sie auf Hungerlöhne angewiesen oder sind sie gar ganz erwerbslos, so ist das den oberen Zehntausend sehr gleichgültig. Dem „Mittelstand“ aber, der Masse der Kleingewerbetreibenden kann das nicht gleichgültig sein. Denn sie sind auf die Konsumkraft der Arbeiter angewiesen; jede Beschränkung derselben bedeutet auch für sie eine Verschlechterung der Lage, eine geschäftliche Mißere.

Die reaktionären Gewalten und Parteien wollen der Arbeiterklasse das Recht und die Fähigkeit rauben, ihren Kampf um die Lebenshaltung erfolgreich zu führen. Die „guten Freunde“ des Mittelstandes wollen das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten, und dabei sollen die Kleingewerbetreibenden durch Hergabe ihrer Stimmen für reaktionäre Abgeordnete ihnen helfen, d. h. die Kleingewerbetreibenden sollen den Akt abjagen helfen, auf dem sie noch sitzen! Sie sollen das Bestreben der Besitzübermacht, den Arbeitern die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen unmöglich zu machen; unterstützen! Es wird ihnen also eine geradezu selbstmörderische Politik zugemutet. Was wird aus ihnen, wo werden sie bleiben, wenn es gelingen könnte, die Arbeiter vollends der Willkür des großen Unternehmertums zu unterwerfen? Es wäre das eines der sichersten Mittel, die kleinen selbstständigen Gewerbetreibenden gründlich zu ruinieren. Was die Besitzübermacht an Effizienzmitteln den Arbeitern vorantreiben kann, das wird zum größten Teil auch ihnen entzogen. Der Konjum der Reichen und Wohlhabenden kann die Kleingewerbetreibenden nicht retten, zumal derselbe zum größten Teil sich den großen und kapitalkräftigen Betrieben zuwendet.

Also im Bunde mit der Arbeiterschaft, mit der Sozialdemokratie hat die Masse der Klein-

gewerbetreibenden zu stehen und den Kampf zu führen gegen Kapitalismus und Reaktion.

Was für die Lohnarbeitenden Klassen geschehen soll, davon sagt das Programm zum „Schutze der nationalen Arbeit“ nichts. Das steht auf einem anderen Blatte und heißt: Vergewaltigung seiner Rechte, seiner Freiheit.

Gegen das ganze politische und wirtschaftliche Programm der Reaktion erhebt das arbeitende Volk sein Trutzprogramm. Das enthält keine Phrasen, keine Schlagworte, keine Lügen; es ist der Ausdruck der klaren Erkenntnis der Thatfachen und des Weges wie der Mittel, die der Freiheit und Gerechtigkeit, der rechten und rechten Grundsätze der Volkswohlfahrt zum Siege verhelfen.

Am Wahltag wird das Volk richten über die Phrasen, Schlagworte und Lügen der Reaktion!

Wie ist es um die „Rettung“ des Handwerks bestellt?

Immer gründlicher und schneller vollzieht sich der Zerlegungsprozess des Handwerks. Das kapitalistische Produktionssystem, das seine Entwicklung noch lange nicht vollendet hat, buhlet auf die Dauer nicht neben sich die handwerkliche Zweigwirtschaft. Diese Wirtschaft zu retten, hat die Weisheit der sogenannten Mittelstandspolitiker mancherlei Mittel erdacht, so insbesondere die genossenschaftliche Selbsthilfe in mannigfachen Arten, als: Kreditgenossenschaften, Rohstoffgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften, Absatzgenossenschaften. Der Wahnglaube, mit solcher Selbsthilfe das Handwerk gegenüber der kapitalistischen Unternehmung, dem Großbetrieb, konkurrenzfähig machen zu können, entstand in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Und hauptsächlich liberale Politiker (wir erinnern nur an Schulze-Delitzsch) waren es, die diesem Wahnglauben huldigten. Aber alle die in dieser Hinsicht gehegten Hoffnungen erwiesen sich als trügerische. Die Handwerksgenossenschaften haben, weit davon entfernt, dem Handwerk „aufzuhelfen“, lediglich eine Verschleierung des Auflösungsprozesses der handwerksmäßigen Produktion bewirkt.

Als vor etwa 40 Jahren die Maschinenteknik zur Herstellung von Kraftquellen in den kleinsten Dimensionen gelangte, da waren es wiederum vorzugsweise liberale Wirtschaftspolitiker, welche enthusiastisch die Idee vertraten, aus der Verwertung der Kleinmotoren im Handwerk werde eine „neue Ära handwerksmäßiger Produktion“ entstehen. Die harte Lehmeisterin Erfahrung hat auch diesen Traum zerstört. In seinem neuesten nationalökonomischen Werke führt Werner Sombart*) den Nachweis — und zwar einen zahlenmäßigen —, daß die Motore für das Handwerk gänzlich bedeutungslos geblieben sind. Weßhalb? Weil der handwerksmäßige Betrieb die Bedingungen einer rationalen Anwendung maschineller Technik — vor allem das materialverringerte, das arbeitserlegende und das wissenschaftliche Verfahren für möglichst ergiebige Ausnutzung der Arbeitskraft und Steigerung der Produktion — garnicht erfüllen kann. Der moderne ökonomische Nationalismus ist unvereinbar mit dem Wesen des Handwerks.

Dann gelangte im Verlaufe der letzten zwei Jahrzehnte eine theils unkluge, theils gewissenlose Mittelstandspolitik dazu, dem Handwerk auf dem Wege der Gesetzgebung helfen zu wollen. Diese Politik bezog sich unter Führung reaktionärer Parteien, welche ein Interesse daran haben, die Masse der selbstständigen Handwerker durch demagogische Vorpiegelung „gründlicher Hilfe“ sich dienbar zu machen. Man verfiel auf den Humbug der „Wiederbelebung des Kunstwesens“; man schuf Gesetze, durch welche die kapitalistische Wirtschaft „eingengt“ werden sollte und den Zünften resp. den Zünfnungsmitgliedern Privilegien zuerkannt wurden. Diese „Hilfe“ hat erst recht dazu gedient, die Auflösung des Handwerks zu beschleunigen, seine Ohnmacht gegenüber der unaußhaltbaren wirtschaftlichen Umwidmung zu erweisen.

Aber statt diese Lehren zu beherzigen, fahrt die Mittelstandspolitik fort in dem Bemühen, die beste, unvernünftigste und schädlichste Zünfterei zu pflegen. Von der obligatorischen Zünfung mit „Beachtungsnachweis“ und dem Privileg der sogenannten „Lehrlingsausbildung“ erhoffen sie die „Wiedergeburt des Handwerks“. Viele Handwerker sind leider thöricht genug, an das Wunder solch einer Wiedergeburt zu glauben; ihre Protoktoren im konservativen und ultramontanen Lager aber sind gewissenlos genug, wider bessere Ueberzeugung diesen Wahu zu frähen und zu nähren. Dabei legen sie ein Hauptgewicht auf die „Reform des Lehrlingswesens“.

Mit dieser Frage haben wir uns schon oft eingehend beschäftigt. Wir haben an der Hand der historischen Thatfachen nachgewiesen, daß im Handwerk seit der bereits im 15. Jahrh.

*) Sombart: „Der moderne Kapitalismus.“ Leipzig 1902. Bd. II, 82. Kapitel.

hundert beginnenden Ära seiner Auflösung von seinem ursprünglichen Charakter niemals ein System wirklicher Lehrlingsausbildung existiert hat. Die vielgerühmte Lehre in der guten alten Zeit, in der früheren zünftlichen Organisation war thatsächlich nichts Anderes als eine mißbräuchliche Verwertung jugendlicher Arbeitskraft. Unter dem Vorwande handwerklicher Ausbildung war der „Lehrling“ nichts Anderes als ein Hausknecht des Meisters. Darüber berichten zahlreiche, behördliche Akten und Schriftsteller aus dem fünfzehnten, sechzehnten, siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert. Nicht selten sahen die Magistrate der Städte sich genötigt, Vorschriften zum Schutze der Lehrlinge gegenüber gröblicher Vernachlässigung und schlechter Behandlung von Seiten der Meister zu erlassen.

Und heute? Das Uebel mißbräuchlicher Verwertung des „Lehrlings“ ist nicht überwunden. Auch die modernen Zünftler können und wollen es nicht befeigen. Der Unterschied zwischen jetzt und früher ist nur der, daß die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft im Handwerk einen anderen Charakter angenommen hat, welcher von den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt wird. War früher die Verwertung des Lehrlings als Hausknecht, als Knecht und Kinderknecht der Frau Meisterin die Regel, so lautet heute die Noth des Handwerks den Lehrling in die Werkstätte, an die Arbeit, wo der sogenannte „Meister“ seine Arbeitskraft im Produktionsprozesse ausnützt.

Darüber wollen wir dem schon zitierten Verf. Sombarts einige Mittheilungen entnehmen. Er weist zahlreich nach, daß die Lehrlingsausbeutung im Handwerk einen geradezu staunenerregenden Umfang angenommen hat. An der Hand der Gewerzählung von 1895 stellt er fest, daß in 21 handwerklichen Hauptgewerben in Betrieben mit bis fünf Personen — also Kleinbetrieben — gezählt wurden: 598 818 erwachsene Arbeiter, 443 039 Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Darnach kommen auf 100 Erwachsene circa 73,9 unreife Arbeitskräfte. In Schlossereibetrieben mit bis zu fünf Personen stehen neben 19 598 erwachsenen Arbeitern 29 437 = 150,2 pSt. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Es giebt zahlreiche Kleinbetriebe, in denen überhaupt keine Gesellen, sondern nur „Lehrlinge“ beschäftigt werden. Die Schlosser in Eisen haben beschäftigten drei Gesellen und 88 Lehrlinge. Die Tischler in Lübben (Zinnungsmeister) haben neben elf Gesellen 26 Lehrlinge.

Dahingegen betraf die Zahl der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren in den Betrieben mit mehr als 20 Arbeitern im Durchschnitt der gesamten Industrie auf nur 10,1 pSt. der erwachsenen Arbeiter.

In diesen Zahlen kommt der Nachweis der Thatfache zum Ausdruck: daß heute das Handwerk, soweit es überhaupt noch Hilfskräfte beschäftigt, seine Effizienzfähigkeit größtentheils auf der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte aufbaut.

In dieser Thatfache begriff sich die ganze „Lehrlingsfrage“ unserer Zünftler. Die jungen Leute, die man „Lehrling“ nennt, werden nicht zum Zwecke systematischer handwerklicher Ausbildung, sondern im Interesse des Meisters als billige Arbeitskräfte beschäftigt. Es ist wider Vernunft und Billigkeit, wenn der Staat die der Ausbeutung im Handwerk unterliegenden jugendlichen Arbeiter als „Lehrlinge“ besonderen gesetzlichen Bestimmungen unterwirft, die sie schlechter stellen als jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in den Fabriken. Und es ist Schwindel, wenn unsere Zünftler für sich die Anerkennung fordern, daß sie „Lehrlinge“ zu guten Gesellen „ausbilden“. Wenn der junge Mann nicht, unabhängig von der sogenannten „Lehre“, sich selbstständig ausbildet, so bleibt er ein Stümper. Kein Wunder, daß erwachsene Gewerbetreibende, die etwas leisten, dem Flend des Handwerks den Rücken kehren und in die Fabrik gehen!

Lächerlich ist's, wenn Zünftler und ihre Helfershelfer an die sogenannten „Standeslehre“ der Gesellen appellieren, die es diesen verbieten soll, sich in anderen als handwerklichen Betrieben beschäftigen zu lassen. In einer der letzten Nummern der „Vagewerks-Zeitung“ überholt der Zünftler-Zurist Dr. W. Hilfe sich dahin, zu fordern, daß der Titel „Geselle“ nur denen zugehen soll, die eine Gesellenprüfung bestanden haben; er will, daß der Titel „Geselle“ gesetzlich geschützt werde; der Gesetzgeber soll „Schutz der Gesellenwürde“ garantieren. Und wer „unbesucht“ sich Geselle nennt, soll bestraft werden!!!

Das ist ohne Zweifel eine der kostbarsten Leistungen des Zünftler-Zuristen Dr. Hilfe. Die Arbeiter des Handwerks lachen zu solchen Unflähen, die darauf abzielt, den elenden zünftlerischen Geist auf sie zu übertragen. Der Ehrenname Arbeiter steht ihnen viel zu hoch, als daß sie geneigt sein könnten, ihn für die Bezeichnung „Geselle“ auszutauschen, wenn diese Bezeichnung ihres überlebens Sinnes beraubt werde und einem zünftlerischen Titelkunst dienen soll.

Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem „Correspondenzblatt der Generalcommission“.)

Schlüsse Urteils über die Kosten- und Erzeugnisproduktion. — Der Staat und die Eisenbahnverwaltung. — Das Kohlenprodukt. — Aktiengesellschaft Arupp und amerikanischer Stahlwerk.

Die Produktion des Eisens ist im Vergleich mit dem Vorgangener Jahre nicht nur in der Produktion des Eisens, sondern auch in der Produktion des Stahls ein günstiges Aussehen zu gewahren. — So stand nach dem Vorstandsbericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbäuerischen Verbandes im ersten Quartal 1903 (19 748 895 t) über dem ersten Vierteljahr 1902. In ganz Deutschland betrug nach den amtlichen Angaben (im ersten Quartal) die Produktion:

	1903	1902
an Steinkohlen	28 300 905 t	25 060 178 t
„ Braunkohlen	11 140 143 t	10 250 895 t
„ Roheisen	2 688 886 t	2 099 489 t
„ Kristall- und Naphthalin	3 475 889 t	2 040 812 t

Die Vermehrung ist nach einer ganz beträchtlichen Anderung im Vergleich mit dem ersten Vierteljahr des Jahres durch Erweiterungsbau und Neuanlagen in ganz enormem Maße gewachsen; doch immerhin betrug im Rheinisch-Westfälischen Synthesgebiet die „Winterförderung“ in diesem Jahre nur 16,46 pZt. gegen 21,18 pZt. in den gleichen drei Monaten 1902. Dagegen hat die Ausfuhr noch niemals zu der ähnlichen Höhe erreicht. Die „Monatlichen Nachrichten“ über den auswärtigen Handel zeigen für Januar die März der Nr. 38 des Zolltarifs (Steinkohlen, Braunkohlen, Roheisen, Zerkohlen) folgenden Export:

	1903	1902	1901
insgesamt	43 863 881	35 088 824	36 281 288
nach Frankreich	1 644 626	1 728 789	1 778 382

Von besonderem Interesse ist dabei die Steinkohle, hinter der sich der zweitgrößte Absatz der Kohlen exportiert, während die Braunkohle so gut wie garnicht exportiert, dagegen aus Böhmen-Osterreich stark importiert wird. Es zeigen daher noch die Einzeljahres des Steinkohlenports für Januar-März mitgeteilt. Es betrug (in Doppelzentnern, 10 dz = 1 t) die Ausfuhr

	1903	1902	1901
insgesamt	5 233 709 t	4 128 195 t	4 805 514 t
1902	4 328 141 t	906 568 t	

Belgien, Holland und Frankreich waren also die Hauptaufnahmestellen, so daß auch hier wieder die günstigere Stellung des Weltmarktes gegenüber den schlechtesten Notwendigkeiten zu Tage tritt. Die oberirdischen Kohlenzüge, die B. sind ausschließlich auf die Eisenindustrie in Österreichien selber und dann in Oesterreich-Ungarn und Russisch-Polen angewiesen; andere Märkte vermögen sie nicht zu erreichen.

Im Verein deutscher Eisenbäuerleute schiederte Herr Lang Oberpräsident die Ausgaben der Eisenproduktion gleichfalls als wünschenswert, man zehre nicht mehr so vorwiegend von der Ausfuhr, sondern gerade der heimische Bedarf habe sich seit Beginn des neuen Jahres merklich gehoben. Er kündigte auch die Gründung eines deutschen Stahlwerksverbandes und eine Verschmelzung der Fertigfabrikationswerke an. Bemerkenswert war dabei noch das Urteil des Herrn Macco-Sitzen über das künftige Verhältnis zu Amerika: Da der Wert der Gruben und der Eisenwerke durch die Bildung der „United States Steel-Corporation“ größtenteils in einer Hand liegt und diese große Gesellschaft für unabsehbare Zeit die Macht habe, den inländischen Markt zu beherrschen, so sei nicht zu erwarten, daß sie in den nächsten Jahren die Preise merklich herabsenke und dadurch für das Ausland gefährlich werde. Man müsse allerdings damit rechnen, daß die ungeheuren Kapitalien, die in diese Gesellschaft geflossen sind, kurzer Hand reduziert werden können. Geschehe dies, so könnte die Konkurrenz des Stahltrafs für das Ausland akut werden, da bei geringeren Kapitalien und den offenbar geringeren Selbstkosten der Werke durch den Stahltrafs schwer erschüttert werden könne. — Der Truß muß also nach Herrn Macco bis zu einem gewissen Grade der ausländischen Konkurrenz. Wenn jedoch von finanzieller gegenseitiger Seite und mit Bezug auf deutsche Verhältnisse ähnliche Möglichkeiten betont werden, so soll mit einem Male das Gegenteil richtig sein.

Bedürfnis werden natürlich für die Eisenerze auch in der nächsten Zeit die Bestellungen der Staatsbahnen sehr für Braunschweig und die Reichslande schreibt hierüber die offizielle „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen“. Als Bedarf der Staatsbahnen für das Etatsjahr 1903 (1. April 1903 bis Ende März 1904) im Vergleich mit dem vorigen Jahre auf Grund des Abkommens aus dem ersten Vierteljahr Schienen und Schwellenwaren (von August 1902) zum Grundpreise von M. 116 für 1 t Schienen und von M. 108 für 1 t eiserne Schwellen zunächst 240 000 t Schienen und 114 000 t eiserne Schwellen bestellt worden. Zur Beschleunigung des Einbaues von starkem Oberbau (Form B und C) auf den mit bürgeordnendem Schnellzugverkehr am meisten belasteten preussisch-belasteten Eisenbahnen, wofür unter dem einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Eisenbahnbauetat für 1903 zum ersten Male M. 15 000 000 ausgedacht sind, wurde im vergangen Winter die Nachbestellung von 32 400 t Schienen und 17 500 t Eisenbahnwellen erforderlich. Weiter 4000 t solcher Schwellen sind zur Ergänzung des ordentlichen Bedarfs für 1903 noch kürzlich nachbestellt worden. Für diesen Nachbedarf sowie für den bis zum 31. März 1903

weiterhin zu erwartenden Bedarf der preussischen und belasteten Staatsbahnen, der Reichsbahnen und der Königlichen Militärbahnen an Schienen und eiserne Schwellen wurde im Wege des Nachtragvertrages mit dem bereinigten Hauptvertrage der Grundpreise der Schienen auf M. 119 und der eiserne Schwellen auf M. 105 für 1 t festgesetzt. Ferner aber eiserne Schwellen wurden auf Grund eines Sonderabkommens unter Zustimmung des mitbestehenden Syndikatswertes weitere 1000 t eiserne Schwellen für den beschleunigten Eisenbahnbau auf Schnellzügen zu dem Ausnahmepreise von Mark 100 für 1 t in diesem Frühjahr freihändig in Auftrag gegeben. Damit stellt sich für das Rechnungsjahr 1903 der von den bereinigten Werken zum größten Teil bereits gedeckte Gesamtbedarf der preussisch-belasteten Eisenbahngemeinschaft auf rund 263 800 t Schienen und 137 000 t eiserne Schwellen. Von den Bahngesellschaften sind demnach die beschleunigte Beschaffung und den beschleunigten Verwaltungen die rechtzeitige Lieferung zu sichern, wird der für das Etatsjahr 1904 zu erwartende ordentliche Bedarf der preussisch-belasteten Staatsbahnen bis zu 227 000 t Schienen und 113 000 t eiserne Schwellen bei der Summaleistung zur Verteilung auf die einzelnen Bahngesellschaften im Vergleich mit den letzten Jahren zu 27 Prozent über den Bedarf hinaus zu erhöhen sein. Nur ist für die Arbeit erst recht zu verlangen, was man dem Kapital in jarter Vorkurs ohne Weiteres zugesetzt. Anerkennung der Drängenspreise, das heißt der gewerkschaftlichen Lohnsätze, und Sorge für „hinreichend stetige Beschäftigung“. Hier haben wir aber wohl oft den Entlassung und Lohnbrud gebört, jedoch niemals davon, daß man die Zustimmung der Organisation für ausnahmsweise niedrigere Lohn-Sonderabkommen einstellt.

Auf vielen Seiten ist man auch auf die Haltung des Staates in der Kapitalindustrie gespannt. Hier wirken einerseits die Beschäftigungsstände der jüngeren Werke wie das Braunkohle, da die jogenannten alten Werke erliegen, sie können von ihrem Quantum nicht das Mindere mehr abgeben, ohne ihre Betriebe zur Unrentabilität herabzusetzen zu lassen. Andererseits fürchtet man die Ausbreitung des englischen und amerikanischen Kapitals in dieser Spähre und damit eine Erschütterung des deutschen Monopols. Obwohl der gegenwärtige Syndikatsvertrag noch bis Mitte 1905 gilt, hat überall der Wille der Arbeiter als Hauptinteresse für den 9. Mai zu einer Vertagung über die Verlängerung des Syndikats einlagen.

Am 22. April hat in Berlin auch die endgültige Konstitution der „Aktiengesellschaft Friedrich Arupp“ stattgefunden und zwar mit einem Aktienkapital von 160 Millionen Mark. Es sollen jedoch gegenwärtig gar keine Aktien ausgegeben werden, so daß es sich nur um eine Renormierung der Geschäftsführung und um eine Familien-gründung im strengsten Sinne handelt. Da man die in die Aktiengesellschaft eingeworbenen Fabriken in Effen, das Grusonwerk, die Germaniawerke u. s. f. mit M. 159 998 000 bewertet, so sind nur — um gewisse gesetzliche Formalitäten erfüllen zu können — M. 4000 da zu einzuzahlen, obwohl der Werth der Anlagen sich noch beträchtlich höher stellt, so nicht das Unternehmen dennoch, unter Vorangang allein der Deutschen Bank, hinsichtlich der Höhe des Kapitals an die Spitze der deutschen Aktiengesellschaften.

Wird ein amerikanischer Riesenkaufvertrag vermogen es allerdings keinen Vergleich auszuhalten. Der Staatsrat hat nach seiner kürzlich veröffentlichten ersten Jahresbilanz ein Anlagekapital von 1390 Millionen Dollars oder 3800 Millionen Mark, wovon 1018 Millionen auf Stamm- und Prioritätsaktien und 372 Millionen Dollars aus Obligationen und Hypothekendarlehen bestehen. Demgegenüber sind die Unternehmungen des Truffs, welche aus Fabrikanlagen, Kohlen- und Kalkwerken, Eisenerzgängen, Eisenbahnen und Dampfschiffen bestehen, mit 1831 Millionen Dollars eingeteilt. Die Durchschnittsbilanz der Angestellten dieses Jahr 1902 auf 168 600 Personen. Der Morgan an der Spitze ist also noch ein König ganz anderer Art wie der verstorbene Ransom-trupp.

Berlin, 4. Mai 1903. Mag Schypel.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Aussperrungsieber.

Die Unternehmungsorganisationen haben in den letzten Jahren zweifellos eine bedeutende Stärkung erfahren; es ist auch ganz natürlich, daß die Arbeiterbewegung sich bildend und anporierend auf die Unternehmer einwirkt. Man kann auch gerade nicht sagen, daß die Unternehmer ungeschützt mit ihrer Macht umgehen, wenn sie, wie die Arbeiter von der Seitenmacht übergeben werden, wenn sie, wie die Arbeiter von der Seitenmacht übergeben werden, wenn sie, wie die Arbeiter von der Seitenmacht übergeben werden. Mit der Aussperrung operiert denn auch das organisierte Unternehmertum in diesem Frühjahr mehr denn je zuvor; und neben den Großprojekten, die in Fabriken und Schiffswerften den Schwitz der Arbeiter zu harter Mühsal prägen lassen, sind es vornehmlich die in „Jungeren“ und „Arbeiterverbänden“ organisierten Bauunternehmer, die in gesteigertem Maße nicht nur mit Aussperrung drohen, sondern die Drohung auch in die Tat umsetzen.

Schon zu Beginn dieses Jahres sperrten die Baunternehmer in Brüel-Martin-Deulfoer-Sternberg (Wiedenburg) die Maurer, aus, weil diese die von den Unternehmern festgesetzten Arbeitsbedingungen nicht anerkennen wollten. Die Herren „Arbeiter“ schüßten sich ganz als „Herr im Hause“, ein Willkürbestimmungsrecht der Maurer wurde

nicht anerkannt. Die Aussperrung dauerte noch an. Die Unternehmern haben einige „Arbeitswillige“ bekommen, vorausgesetzt werden sie aber trotzdem eine Niederlage erleiden und schließlich noch froh sein, wenn die Maurer irgendwelche Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit ihnen unterhandeln wollen. Charakteristisch für die Verhältnisse der Unternehmer und ihrer Arbeit ist es, daß sie keinen Unterschied zwischen jenen Streit und Aussperrung. In der Unternehmerrunde liegt man immer nur vom Streit und dabei die Bemerkung, die Arbeiter hätten aus „nützigen“ Gründen oder aus „Ehrgefühl“ die Arbeit niedergelegt; während doch nur von einer „kriftvollen“ Aussperrung durch die Unternehmer gesprochen werden konnte.

Der „Mann“ ihrer Kollegen im mecklenburgischen „Vier-Städte-Bund“ hat die Baunternehmer in Streck und Neukirch nicht schlafen lassen. Dort ward seit einigen Jahren die Organisation der Maurer von den organisierten Unternehmern anerkannt und auf Grund dieser Anerkennung kam ein Vertrag über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Stande. In diesem Frühjahr glaubten die Streikter Maurer eine Lohnverbesserung fordern zu dürfen, und zwar unter strenger Beachtung aller Formalitäten. Nach fruchtlosen Verhandlungen zog die Maurer ihre Forderung zurück und erklärten sich auch bereit, den alten Vertrag auf ein weiteres Jahr anzuerkennen. Nun war aber der alte „Vertrag“ in den Unternehmern erwacht, möglicherweise haben sie auch den Maurern ihre „Freiwilligkeit“ als Schwäche ausgelegt, denn nun verlangten die „Arbeiter“, die „Gegellen“ sollten den Vertrag auf fünf Jahre anerkennen; sie ließen sich zwar schließlich „gnädig“ herbei, mit einer zweijährigen Vertragsdauer zufrieden zu sein, als aber die Gegellen über ein Jahr nicht hinausgingen, erfolgte die Aussperrung, die also — ganz wie wir wohl mit vollem Rechte sagen — einem ganz kriftvollen Machtwort der Unternehmern entsprungen ist. Die Unternehmern haben sich einen Trupp von den in Deutschland dagabotwendenden italienischen Streikbrechern aufgeladen. Selbe spinnen die Unternehmern dabei ja nicht, denn für geringere Leistungen müssen sie jetzt mehr Geld ausgeben, aber die Hoffnung auf das Gelingen des Niederkommens der Streikter Maurer wird den Unternehmern das Döner verüben. Die kleine Freude dürfte sich aber als bald in arge Unruhe verwandelt. Der Kampf wird kaum in diesem Sommer entschieden werden. Unsere Streikter Kollegen dürften also in ihrem eigenen Interesse auf daran thun, sich schleunigst anderweitig nach Arbeit umzusehen. Dann werden die Unternehmern doch noch ein Wiederannahme der Arbeit einwilligen müssen.

Wichtig liegt der Sachverhalt in Meseritz (Posen), wo die im „Christlichen“ Verband organisierten Maurer von den Unternehmern ausgesperrt wurden. Die Unternehmern hatten im vorigen Jahre, oder noch früher, den Gegellen einen für diese ganz jämmerlichen Vertrag aufgegeben. Als nun die Baufähigkeit in diesem Frühjahr sich etwas günstiger anbot, waren natürlich auch die Meseritzer Maurer beflissen, ihre Lage zu verbessern und sie verlangten einen für sie annehmbaren Inhalt des zu erneuernden Vertrags. Die Unternehmern wollten aber den für sich sehr rentablen Zustand auch für die fernere Zeit festlegen, und als die Maurer darauf nicht gutwillig eingingen, wurden sie ausgesperrt.

In Bromberg befanden die Unternehmern sich zunächst in der Anseher; Zimmerer, Baupolier und Maurer stellen die Arbeit ein, um einen höheren Lohn zu erlangen. Infolge großen Zugangs von Streikbrechern (sagt man Italiener) mußten die Streikenden von ihrer Forderung Abstand nehmen, und nun kehrt die Unternehmern den Spieß um; Anerkennung verweigerter Arbeitsbedingungen auf fünf Jahre und Anerkennung der Organisation verlangten sie als Siegespreis von den Arbeitern, und um diese günstig zu machen, werden ihnen die Aussperrung auf die Dauer dieses Jahres präventiv. Nun, die Maurer haben sich nicht einfinden lassen, sie haben die Aussperrung über sich ergehen lassen und hatten des Zeitpunkt, wann die „Ferien im Hause“ keiner werden. Es scheint auch, als wenn diese Zeit garnicht mehr fern ist, denn so rufmüde wie vor einigen Wochen sind die Bromberger Baunternehmer schon heute nicht mehr.

Die Mainzer Maurer stellen an die dortigen Unternehmern eine sehr behdeuende Forderung auf Vorkörperung. Eine Einigung kam nicht zu Stande, auch die verbleibenden Veranhandlungen des Oberbürgermeisters Dr. Oschner wurden von den Unternehmern in vorzüglicher Weise zurückgewiesen. Nachdem der alte Vertrag abgefallen war, der u. a. auch das Verbot der Konkurrenz auf Privatbauten enthielt, ließen die Unternehmern es an Provokation nicht fehlen, um die Gegellen in den Streit hineinzuwickeln; diese blieben jedoch ruhig, nur gegen die Wieder-einführung der Alfordarbeit, die von dem Unternehmer Merdes versucht wurde, wehrten sie sich; der Bau M. wurde gelindert. Nun hielt der „Arbeiterverband“ seine Zeit für gekommen. Er drohte die Schließung sämtlicher Maurerebetriebe an, im Falle die Sperre über das Merdes'sche Geschäft nicht aufgehoben werde. Die Sperre wurde nicht aufgehoben und „so mühten“ — um mit der ebenso aburteilen als grobhauligen „Zeitschrift des Mitteldeutschen Arbeiterverbands“ zu reden — „die Mainzer Arbeiter im Maurergerber, bewungen durch den brutalen Machtwort der Sozialdemokratie, eine Maßregel ergreifen, die vielleicht für das ganze Mainzer Baugewerbe von weittragenden Folgen sein kann“. Freilich, der Meinung sind wir auch, mancher Mainzer Unternehmer wird noch von arger Besessenen besessen werden; aber das Fieber wird sich ausbitten, und wenn in späteren Zeiten die Mainzer Baunternehmer wiederum solche Umwandlungen bekommen, kann ihnen die Lehre, die ihnen hienostlich von den ausgesperrten erreicht wird, als kalter Umschlöß dienen, um das Blut rechtzeitig abzuführen. — Die Mäher der „Zeitschrift des Mitteldeutschen Arbeiterverbands“ sind wahrlich nicht weit vom Döner, sie lächeln auf nach angeweisen zu sein und sie können es sich darum auch erlauben, weiter zu gehen; es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß sie, die übrigen, dem Mitteldeutschen Arbeiterverbande angehörenden Verbände des Mainzer Kollegen anschließen und auch ihre Betriebe schließen, um so endlich einmal der fortgesetzten Tyrannet und Bevormundung der sozialdemokratischen Arbeitergesellschaften geschlossenen Widerstand entgegen zu setzen.

Unter Tyrannet und Bevormundung der „sozialdemokratischen Arbeitergesellschaften“ versteht die Unternehmern den Kampf der organisierten Arbeiter um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Diese Bestrebungen wollen die Unternehmern brock legen; sie wollen wieder als unumschränkte „Herr im Hause“ ausschließlich nach ihrem Willen gestalten und walten können.

sich in unserem dunklen Bezirk, es geht, wenn auch langsam, vorwärts. Wir wollen deshalb nicht ruhen noch rufen, bis unsere Organisation stark und mächtig ist...

Die Sektion der P u e r des Zweigvereins Berlin hielt am 6. Mai eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst theilte der Vorsitzende mit, daß am 2. Mai circa 200 Kollegen wegen der Meißler ausgeblieben waren...

In Wexleben bestand bisher noch ein Fachverein der Maurer und Zimmerer. In zwei Versammlungen, welche kurz nacheinander tagten, wurde über den Anschluß an die Zentralorganisation der Maurer berathen...

Die Zahlreiche Würg a. F. hielt am Sonntag, den 3. Mai, ihre monatliche Mitgliederversammlung ab, die außerordentlich gut, wie nie zuvor, beschuld war...

Am 28. April tagte im „Schützenhaus“ zu Chemnitz eine öffentliche Maurerverammlung, welche sehr gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht vom 7. Verbandstage...

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer. Meiner wies zunächst darauf hin, daß die Maurer den richtigen Termin für die Organisation nicht beachtet haben...

Am den Vorsitzenden des Gesellenauschusses. Antwortlich Ihres Schreibens vom 10. d. M. theile ich Ihnen mit, daß der Arbeitgeberbund für Sera und Lunge...

Der Vorsitzende des Ausschusses für das Gesellen- und Lehrlingswesen.

Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte, nach der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: Die öffentliche Maurerverammlung nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben...

Am Sonntag, 10. Mai, fand in Gagen i. M. eine öffentliche Maurerverammlung statt. Die trotz des schieren Regenwetters von 350 Maurern besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission...

erste Mitgliederversammlung ab. Es erklärten sich zunächst 20 Kollegen bereit, der Sektion des Maurerverbandes beizutreten. Dann nimmt die Versammlung Kenntnis von einem Glückwunschschreiben einiger Berliner Kollegen...

Der Zweigverein Selmstedt hielt am 2. Mai seine Mitgliederversammlung ab, welche leider sehr mangelhaft besucht war, die Kollegen haben, wie es scheint, immer noch nicht begriffen, welchen Zweck die Versammlungen haben...

Am Sonntag, den 3. Mai, fand in Klein Leubusch bei Wrieg eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Reichstagskandidat Löhse aus Brestlar über die wirtschaftliche Lage im Allgemeinen sprach...

In Lahr fand am Freitag, den 8. d. M., im Lokale „Zur Schanze“ eine öffentliche Maurerverammlung statt, in welcher Kollege Forter aus Mannheim referirte...

Am Dienstag, den 5. Mai 1903, tagte im Lokale des Herrn Sollenberg (früher Roff) die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Mühlheim a. d. Ruhr...

zurückgenommen. Ob er auch die geforderten 2 pro Stunde bewilligt, bleibt abzuwarten, da er ein festes Versprechen nicht gegeben hat. Es ist insoweit nicht abzusehen, ob die Kollegen, solange die Differenzen nicht beendet sind, das Auftragen noch Arbeit zu unterlassen, um nicht durch Überangebot der Arbeitskräfte zu Entschärfen in seinem Starmsinn zu bestärken. Auch bleibt die Abhängigkeit der dort arbeitenden Kollegen bestehen. An diesen Verhandlungen wollte auch der Vorsitzende des christlichen Verbandes, Roth, teilnehmen, war jedoch nicht erschienen. Im Punkt „Verständens“ wurde Frage gestellt über die Misshandlung auf verschiedenen Bauten. So ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß nach 12 Stunden und darüber gearbeitet wurde.

Am Sonntag, den 3. Mai, fand eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Neuhardenberg, im Sipping'schen Lokale statt. Der Eintritt in die Tagesordnung wurde das Besondere des verstorbenen Kollegen Frey Werth durch Erlesen von den Eiden geteilt. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung, welche genehmigt wurde. Darauf erstatteten die Kollegen Richard und Palm aus Osnabrück Bericht vom Bauarbeiterkongress resp. Verbandstag. Der sozialdemokratische Partei wurden als Beihilfe zu den Reichstagswahlen M. 50 aus der Lokalkasse überlassen. Ferner wurde beschlossen, ein Pfingstbesang abzuhalten, jedoch protestierte der Kassierer dagegen, daß hierzu Geld aus der Lokalkasse verwendet werde.

Aus Wrochow wird berichtet: Einmal wird es nicht unter den Vorarbeiter Mauren. Durch rege Agitation ist es gelungen, fast sämtliche hier beschäftigten Mauren der Organisation zuzuführen. Am 13. Mai, tagte im „Erdol“ eine Versammlung, die von 400 Mauren besucht war. Kollege Horner-Mannheim wies in gedrängten Worten auf den Mangel der Organisation hin und vertrat es vortrefflich, die Kollegen zu überzeugen. Am Schluß des Vortrags ließen sich 65 Kollegen in den Verband aufnehmen. Als 2. Punkt stand auf der Tagesordnung: Unsere Forderungen. Einmütig wurde beschlossen, den Unternehmern am 18. Mai unsere Forderungen zu überreichen, die in der Hauptsache darin gipfeln: Verzögerung der Arbeitszeit um eine Stunde (seit 11 Stunden gearbeitet), wöchentliche Lohnzahlungen, Auszahlung des Lohnes auf der Bauzeit; Abschaffung des sogenannten Vorkaufes, Errichtung von Bauhütten und Aborten, keine Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur Organisation und Anerkennung derselben — jedenfalls alles Forderungen, die jeder als berechtigt anerkennen muß. Kollege Stolle forderte die Versammlung auf, treten zusammenzutreten in der Organisation, dann sei der Sieg auch nicht fern. Lebhafter Beifall lohnte auch diesen Redner. Dem Vorkauf wurde dann über die am 9. Mai stattgefundenen Baukontrollen berichtet, die schauerhafte Zustände zu Tage förderte. Auf alle Fälle sollten die Bedingungen von Bauten und Aborte sind Lohnartikel und Fremdarbeiter für die große Mehrzahl der Unternehmern. Daß hier Neueure geschaffen werden muß, haben die Kollegen eingesehen und obige Forderungen gestellt; nur muß aber jeder Einzelne dafür sorgen, daß unsere Mitgliederzahl eine stabile bleibt, dann sind wir in der Lage, uns Geltung zu verschaffen und Uebergriffe in ihre Schranken zurückzuweisen.

Aus Plauen i. V. wird uns geschrieben: Auch hier macht unsere Organisation zur Zeit recht erfreuliche Fortschritte. Daß es in den vorhergehenden Jahren nicht möglich war, das Gemeinwohl zu erreichen, lag wohl daran, daß es der meisten Arbeiterklasse nicht möglich war, in größeren Massen zusammenzutreten. Am 1. Mai hat nun die Bauarbeitervereinstellung ihr eigenes Heim eingeweiht, in welchem am 10. Mai die erste Bauarbeiterversammlung stattfand. Ein freundlicher Geist herrschte in der erschienenen Masse, gegen 700 Kollegen waren anwesend. Kollege Eggen, der als Referent erschienen war, bewachte in trefflicher Weise das veränderte Vorgehen unserer Gegner und kritisierte dabei auch die Handhabung des Koalitionssystems. Nicht allein bei der Kritik sollte es bleiben, es mußte auch gehandelt werden. Nachdem er den Kollegen noch die gegenwärtige Wirkung der Organisation vor Augen geführt, schloß er unter großem Beifall der Versammelten seine trefflichen Ausführungen. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: „Die heute im großen Saale des Gewerkschaftshauses „Sollergärten“ tagende öffentliche Bauarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Alle Anwesenden geloben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln und mit aller Kraft die Organisation zu fördern zu helfen, daß es in Kürze möglich ist, die gestellte Lohnforderung zur Durchführung zu bringen.“

Am Sonntag, den 10. d. M., hielt der Zweigverein Bosten seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Vortrag über „Rechte und Pflichten in der heutigen menschlichen Gesellschaft“, führte der Referent, Kollege W. Sch., etwa folgendes aus: Jedes Lebewesen hat das Recht zum Leben, jedes Recht beansprucht ein Pflicht. Die Pflicht, die den Menschen obliegt, um zu leben, ist die Arbeit! So heißt es schon in der Bibel: „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen.“ Wir unterscheiden aber nach den heutigen Verhältnissen zwischen zwei Rechten zum Leben, das Recht mit und das Recht ohne Pflichten oder besser gesagt, das Recht mit resp. ohne Arbeit leben zu dürfen. Die zwei Rechten sind: 1. Das Recht zu können, einmal mit und das andere Mal ohne Pflichterfüllung, stehen also mit den biblischen Lehren im scharfsten Widerspruch. Sie tragen aber gerade dazu bei, die Menschheit, die sich untereinander lieben soll, wie es weiter in der Bibel heißt: „Liebe Deiner Nächsten als dich selbst“, in 2. Klassen so in 2 feindselige Massen zu trennen. Unter diesen Klassen unterscheiden wir: 1. Diejenigen, die das Recht und Pflicht zu erfüllen haben, sind die Arbeiter! 2. Diejenigen, die nur vom Recht Gebrauch machen, ohne Pflichterfüllung, sind die Besitzenden! Unter den Rechtgenannten wollen wir nicht alle diejenigen verstehen und rechnen, die nicht physisch arbeiten, sondern diejenigen, die nie im Leben irgend eine nützliche Arbeit vollbringen, sondern diejenigen, die da denken, ihre volle Pflicht der Menschheit gegenüber getan zu haben, wenn sie des Morgens ob bei Tage aus dem Bette aufstehen und dann, wie man so sagt, den lieben Herrgott für das Menschen sein Recht zum Essen, also somit Häufiger als diese Menschen kein Recht zum Essen, also somit auch nicht zum Leben. Aber wo liegt es mit diesen Forderungen heute? Sie werden von allen Seiten als die Ekel der Menschheit angesehen, als die Ursache aller Elenden, die Arbeiter an die Erhaltung solcher Nichtstauer kein Interesse, wenn sie dieselben auch nicht, wie es die Dienen an den Wohnen machen, lachhieren wollen und können, so haben wir aber die Pflicht, sie zur Arbeit mit Heranzuziehen oder ihnen die Möglichkeit zu nehmen, daß sie essen

können, ohne zu arbeiten. Es muß aber weiter gefragt werden, haben die Arbeiter, die genau nach der biblischen Vorschrift handeln, die erst die Pflicht erfüllen, um nachher vom Recht zum Leben Gebrauch machen zu können, in der heutigen Gesellschaft überhaupt ein Recht? Nein! Sie haben nicht einmal ein Recht, eine Pflicht erfüllen zu können, besser gesagt, das Recht zu haben sie nicht. Wir fragen aber weiter, wie ist es denn möglich gewesen, eine nach der Bibel von Gott gewollte Ordnung über der Haufen zu legen? Daß derjenige, der heute nicht arbeitet, viel besser leben kann, als derjenige, der da von der frühesten Jugend bis zum späten Alter schindelt? Die Antwort ist sehr leicht: Die Besitzenden, die nach dem heutigen Moralbegriffen nichts „Ungelegentliches“ thun, sie haben die Gehegevermächtnisse dazu ausgenutzt, das Recht zum Leben ohne Pflichterfüllung für sich in Anspruch nehmen zu können. Derenotwendig sind die Besitzenden von heute viel gefährlicher für das wehrfähige Volk, als jene ehemaligen offenen Räuberbanden, die die Wege belagerten, denn sie verankern sich hinter die von ihnen geschaffenen Feste. Der Arbeiter hat sich also selbst zu fragen: Ist es so richtig? Kann und soll es so bleiben? Wir sagen wohl Alle „Nein!“ Will der Arbeiter aber diese Ungerechtigkeiten beseitigen, will er weiter an der Arbeit den arbeitsfähigen Entwurf entreißen und die selben zu Pflichten, der bei-istig tätig für die Organisationen, derjenigen aber, der freiwillig bemittelt ist, die Welt von dieser Trostlosigkeit zu befreien, der wolle am 16. Juni denjenigen Vertreter in den Reichstag, der dafür eintritt, und dieses sind die Sozialdemokraten! Reicher Beifall lohnte den Redner. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Am Punkt „Verständens“ wurde dem seit Langem an der Proletariatsfraktion entzogenen Kollegen Wegner eine Unterstützung von M. 20 bewilligt. Ferner wurde beschlossen, daß jeder arbeitslose Kollege verpflichtet ist, an einem von den drei letzten Arbeitstagen in der Woche sich auf dem Bureau einen Arbeitslosenstempel zu holen. Zu dieser Arbeitslosenmeldung ist Verbandsbuch und Zivildienste mitzubringen. Ferner wurde beschlossen, am 14. Juni ein großes Sommerfest stattfinden zu lassen. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung mit einem dreisprachigen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.

Am 6. Mai hielt der Zweigverein Potsdam bei Gaier seine Monatsversammlung ab. Nach Verlesung der Abrechnung vom ersten Quartal berichtete der Vorsitzende über die Einnahme der Bezirks- und Hauskassen; die nötigen Begriffsänderungen wurden gemacht. Mit der Einführung des 1. Juni begonnen werden. Die Versammlung beschloß, eine Anzahl Protokolle vom Verbandstag schicken zu lassen. Vorkauf wurde, daß die Mitglieder ihrer Frauen nicht über das Statut und die Beschlüsse des Verbandstages informieren. Es ist vorgekommen, daß ein Mitglied hart und erst nach der Verdingung dies der Verwaltung bekannt wurde. Es muß jeder Kollege seine Frau oder seine Verwandten davon in Kenntnis setzen, daß bei Unfalls- oder Todesfällen an den Zweigvereinsvorstand berichtet werden muß, damit dem Todesfall die Kollegen rechtzeitig zum Leichenbegängnis beistehen können. In der Bürgerfrage wurde nochmals betont gemacht, daß die Kollegen, welche im Verlust Lohngehalt arbeiten, nur von der Zahlstelle, Berlin I Karten und Marken beziehen können und nicht im Ort, wo sie wohnen, weil sonst der Zahlstelle Berlin I die Kontrolle der Karten, sind recht wichtig an der Flugblattverbreitung zur Reichstagswahl zu beiseitigen.

Die Zahlstelle Schiffschiff hielt am 3. Mai ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Kollegen waren durch den Vorsitzenden und mündliche Agitation zu derselben eingeladen. Der Vorsitzende machte bekannt, daß es nicht erschienen, die Versammlung deshalb sei; leider sei nicht erschienen, die Versammlung von mehreren Kollegen besucht worden, besonders da es dem Vorsitzenden vom Kollegen Hartwig-Sambur, wurde berichtet, daß jemand kommen würde. Hierzu machte der Vorsitzende bekannt, daß er persönlich Rücksprache mit dem Kollegen Wölmberg genommen hätte betreffend der Beschwerde gegen den Anschlag an den Zweigverein Hamburg. Diese wurde abgelehnt vom Hauptvorstand. Nach verschiedenen Ansprüchen in dieser Sache wurde beschlossen, sich hiermit nicht zufrieden zu geben, und wurde der Vorstand beauftragt, weitere Schritte in dieser Sache zu unternehmen. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, sie möchten zahlreicher in den Versammlungen erscheinen, damit wir uns immer fester zusammenschließen und durchdringende Beschlüsse fassen können.

Am Donnerstag, den 14. d. M., tagte in Schönlanke eine öffentliche Bauarbeiterversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Degener über die Bedeutung des 1. Mai und legte dar, daß es nicht eines jeden Kollegen ist, denselben zu feiern. Ein Beschluß, den 1. Mai zu feiern, wurde nicht gefaßt, jedoch es jedem Kollegen zur moralischen Pflicht gemacht. Hierzu verlas der Vorsitzende die Antworten von 14 Zweigvereinen auf die Anfrage, betreffend die Unterstützung der örtlichen Verwaltung. Diese ist danach in den Zweigvereinen sehr verschieden. Es wurde beschlossen, dem Kassierer M. 25, dem ersten Vorsitzenden M. 10 und dem Schriftführer M. 5. Entschädigung pro Quartal zu zahlen. Außerdem wurde beschlossen, 100 Protokolle vom Reichstagswahl, 100 Protokolle für Mitgliedsbücher zu bestellen. Zum Schluß ermahnte der

Zweigverein Spandau hielt am 28. April eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Degener über die Bedeutung des 1. Mai und legte dar, daß es nicht eines jeden Kollegen ist, denselben zu feiern. Ein Beschluß, den 1. Mai zu feiern, wurde nicht gefaßt, jedoch es jedem Kollegen zur moralischen Pflicht gemacht. Hierzu verlas der Vorsitzende die Antworten von 14 Zweigvereinen auf die Anfrage, betreffend die Unterstützung der örtlichen Verwaltung. Diese ist danach in den Zweigvereinen sehr verschieden. Es wurde beschlossen, dem Kassierer M. 25, dem ersten Vorsitzenden M. 10 und dem Schriftführer M. 5. Entschädigung pro Quartal zu zahlen. Außerdem wurde beschlossen, 100 Protokolle vom Reichstagswahl, 100 Protokolle für Mitgliedsbücher zu bestellen. Zum Schluß ermahnte der

Vorsitzende die Kollegen, auf den Bauten, wo noch keine Bauarbeiten sind, solche zu wählen.

Am Mittwoch, den 6. Mai, tagte eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins Stettin im Lokale des Herrn Mewis. Der Eintritt in die Tagesordnung wurde das Besondere des verstorbenen Kollegen Gustav Sittman in gedrängter Weise geteilt. Darauf erstalt der Reichstagskandidat des Streiks Stettin, Genosse Seibert, das Wort zu seinem Vortrage über „Recht und Arbeiterkampf“. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 6. Mai 1908 im Lokale von Mewis tagende Versammlung des Zweigvereins Stettin erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt an, daß nur durch festen Zusammenschluß der Arbeiter in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen herbeiführt alle in Stettin und Umgebung arbeitenden Arbeiter, sich diesen beiden Organisationen anzuschließen und mit aller Energie sich für die nächste Reichstagswahl zu agitieren, damit endlich Stettin und Randow-Größenhagen durch sozialdemokratische Agitation vertreten werden; denn nur in der Sozialdemokratie sieht die Versammlung die wahre Vertretung der Arbeiterinteressen. Die Versammlung fordert deshalb alle Berufskollegen auf, am 16. Juni ihre Stimme nur dem sozialdemokratischen Kandidaten zu geben. Danach verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal 1908, welche eine Einnahme von M. 2308,95 auswies. Die Einnahme der Lokalkasse betrug M. 4779,97; die Ausgabe M. 666,66, Bestand M. 4113,41. Vier arbeitslose Kollegen, welche lange vorher krank waren, erhielten je M. 15. Kollege Gulsch Neunpferd soll zur nächsten Versammlung nochmals geladen werden, weil er sich gegen seine Kollegen auf dem Bau nicht korrekt betragen hat. Die Abkempfung der Arbeiterkollegen erfolgt nach dem von Donnerstagabend für Mittwoch und Donnerstag bei Duto, Scholtz, Restaurant Geurts, Hüllshaus, Gaussestraße, für Donnerstagabend bei August Schenberg. Alle arbeitslosen Kollegen haben sich nur bei Peir, Stromprinzstraße 28, zu melden. Vor Zugang wird gewarnt. Am Hauptkontrolltag II in Stettin streifen die Berliner Maßpinger (die Arbeit hat ein Berliner Meister). Die Warnung der Zeitung gilt gleichzeitig aber auch für die Kollegen im Mauerrast, da die Arbeitslosigkeit hier furchtbar groß und noch keine Aussicht auf eine bessere Konjunktur vorhanden ist.

Wer ist Terrorismus?

Aus dem Gau Stettin wird uns geschrieben: Die große Ausdehnung und die innere Festigung, die unser Verband in den letzten Jahren, erfahren hat, ist nicht nur den Unternehmern im Baugewerbe, sondern auch allen anderen, diesen verdammten Vandalen, Reaktionsären und Leguern der Volkswohlfahrt ein großer Dorn im Auge. Sie fassen es deshalb auch am liebsten, wenn der Verband mit allem, was drum und dran ist, plötzlich vom Erdboden verschwindet. Da dieses aber so ohne Weiteres nicht zu bemerken ist, suchen sie ihn möglichst in der Offensivität zu diskreditieren und die behördliche Aufmerksamkeit auf ihn zu lenken, damit diese gegen ihn einschreite. Unter der vielen Vorwürfen, die man gegen ihn erhebt, ist der, daß seine Mitglieder gegen unorganisierte Mauren den schwersten Terrorismus üben, der beliebteste, wohl deshalb, weil jeder darunter etwas Anderes verstehen kann und man nicht nötig hat, den Beweis für die Behauptung zu erbringen. Am häufigsten und lautesten wird dieser Vorwurf gegen diejenigen Kollegen unseres Verbandes erhoben, die es verstanden haben, die selber interesseles und wild umherlaufenden Mauren zu einer festen Organisation zusammenzuschweißen und dem Unternehmertum Jugelstänne beizubringen. Diesmal nicht es die Kollegen in Neustettin, die sich dieses in den Augen des Unternehmertums schuldig und feines, Anhangs schweren Vergehens schuldig gemacht haben. Unsere wertigen Kollegen haben sich im Jahre 1901 durch einen Schwändigen Kampf so viel Anerkennung und Achtung zu verschaffen vermocht, daß es in diesem Jahre auf dem Wege der Verhandlung gelang, eine Lohnerhöhung von 30 auf 34 3/4 zu erzielen. Bei dem steten Mangel an ständiger Beschäftigung ist dies nun keineswegs ein auskömmlicher Lohn. Es verdiente z. B. ein Kollege im Alter von 63 Jahren M. 306,50, ein Anderer laut Beschäftigung zwecks Neukommation in Steuerklassen M. 542,60, ein Dritter M. 664,70, und dabei sind die beiden Leuten am besten Mannesalter. Der wirtschaftliche Kampf und die niedrige Lebenshaltung regten zum Nachdenken an, und es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Neufestner Mauren den Konstruktiven und Antikonstruktiven die Freundlichkeit bei der nächsten Reichstagswahl hindern werden. Darüber nun großes Entsetzen unter den Aktivisten. Alle nachsahen werden die Mitglieder des Zweigvereins ob ihrer Zugehörigkeit zu diesem Verband in's Gebet genommen, und bei dieser Gelegenheit beruht dann meist bei eine oder andere Kollege, eine Art Zwischenstellung einzunehmen, er möchte es mit Weiden halten. Ein Anderer sagt gar wohl: „Ich muß dem Verband angehören, sonst erhalte ich keine Arbeit.“ So erbärmlich und fabelhaft ist diese Erbärmlichkeit ertrag aber ein Maure, der während des Streiks im Jahre 1901 seine Lehrgänge beendete und nun als schwacher Arbeiter von den Unternehmern nicht gern gesehen wird, mit Herrn H. Herzberg, Vorstandmitglied der elektrischen Zentrale, und erzählt ihm das Märchen vom Terrorismus der Verbandsmittelglieder, worauf dieser dann folgende Veranstaltung in der Sonntagnummer der „Norddeutschen Presse“ vom 26. April d. J. erlätzt: „Der Terrorismus des sozialdemokratischen Hamburger Verbandes der Mauren, welcher in den Prechtischbestrebungen, so weit geht, daß in Neufesttin kein Maure mehr Arbeit findet, welcher auch dem Verband angehört, veranlaßt uns, bekannt zu machen, daß wir auf unteren an der Abbildung auszuführenden Bauten nur Mauren beschäftigen werden, welche dem Hamburger Verband nicht angehören, worauf wir die Unternehmern ergeben aufmerksam machen. Der Vorstand der elektrischen Zentrale Wangerow'sches Feld, v. Herzberg, Hermann, Nr. 4. Die Resolutions, des genannten Vorgesetzten konnte sich nicht enthalten, diese Bekanntmachung nochmals im lokalen Teil abzugeben und dazu folgenden Entz zu geben: Wir können nur dringend behaupten, daß sich alle Baubereiten diesem Vorgehen anschließen müssen im Interesse der Maure selber.“

Allgemeine Vertragsbedingungen (§ 10.)
Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter verwendet werden. Unter den geübten Arbeitern sind die inländischen und unter diesen diejenigen vorzugsweise zu verwenden, die am Orte der Ausführung oder in dessen Nähe wohnen. Un tüchtige Arbeiter müssen auf Verlangen der Behörde durch tüchtige ersetzt werden.

(§ 11.) Der Bauunternehmer hat, soweit seine Arbeiter nicht selbst angemessene Unterkunft und Verpflegung zu entsprechenden Preisen finden können, die dazu erforderlichen Einrichtungen auf eigene Kosten zu treffen und den Gehalt von der Behörde an ihn gerichteten Anforderungen zu entsprechen. Der Bauunternehmer ist ferner verpflichtet, die zur Unfallverhütung erforderlichen Vorschriften strengstens einzuhalten und für deren Einhaltung durch seine Untergebenen zu sorgen. Er ist endlich verpflichtet, auf dem Baustellen die zu erstem Hilfsleistung vor Anbruch des Tages erforderlichen Verbandmittel und Arzneien nach den Verfügungen der Behörde bereit zu halten. (§ 12.) Der Unternehmer ist verpflichtet, die Behörde auf Verlangen jederzeit über die mit seinen Handwerkern und Arbeitern geschlossenen Verträge und deren Erfüllung unter Vorlegung der Lohnlisten und sonstigen Unterlagen Auskunft zu erteilen. Er giebt sich, daß der Unternehmer seine Verpflichtungen gegen die Handwerker und Arbeiter nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so ist die Behörde befugt, die von dem Unternehmer geschuldeten Verträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu bezahlen.

Der § 16 besagt: Der Unternehmer ist dafür verantwortlich, daß die polizeilichen Vorschriften und Anordnungen für die Bauausführung und für den Schutz der beim Bau beschäftigten Personen eingehalten werden. Nicht, die ihm dadurch erwachsen, kann er der Staatskasse nicht in Rechnung stellen. Unrechtfertig seines eigenen zivilrechtlichen und strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die Sicherheit der Bauausführung und für die Einhaltung der zum Schutze des Lebens, der Gesundheit und der Sicherheit erlassenen Vorschriften hat der Unternehmer sich auch in dieser Beziehung der Überwachung durch die Behörde und die von ihr aufgestellten oder zugehörigen Aufsichtsdienste (Bauführer, Bauaufsicht usw.) zu unterwerfen und bei entstehenden Meinungsverschiedenheiten mit der Aufsichtsdiensten die auf die Angelegenheit erfolgende Entscheidung der beileidenden Behörde als bindend anzuerkennen.

Die Verordnung selbst zerfällt in zwei Teile, und zwar hat der erste 44 und der zweite 16 Paragraphen. Die Verordnung wird dem berechtigten Verlangen der Arbeiter nur wenig gerecht. Nur dann haben Unternehmer die Auslieferung von französischen Arbeiten zu „gewöhnlich“, wenn sie hinter den ersüßlichen Löhnen „erheblich“ zurückbleiben oder über das übliche Maß der Arbeitszeit hinaus arbeiten lassen.

Weder ein fester Lohn noch eine nach oben hin begrenzte Arbeitszeit sind für die Arbeiter als Recht von einer Lohnzulage bei Überstunden ist ebenfalls keine Rede.

Auch die Heimarbeit soll nur dann ausgeschlossen sein, wenn die Herstellung einer Waare in Werstätten üblich ist.

Arbeiterchaft und Alkoholfrage.

Die Frage des Alkohols ist in neuester Zeit innerhalb der Arbeit, der organisierten Arbeiterchaft wieder aktuell geworden. Und in der Tat gewinnt bei näherer Betrachtung der Dinge, dieses mit der bürgerlichen Gesellschaft so eng verknüpfte Problem auch vom Standpunkte der gewerkschaftlichen Bewegung einermäßigen Bedeutung. Eine gut gewirtschaftete, disziplinierte, Masse setzt beinahe ein gewisses Maß an Intelligenz und ein fortschreitendes Bildungsbedürfnis, für das in Argumentieren mit verbrauchten Phrasen und ganz baren Schlagwörtern nicht genügt, als wichtige Vorbereitung voraus. Wir brauchen selbstständig denkende, mit klarer Urteilskraft ausgerüstete Kämpfer, die durch stamme Tüchtigkeit zu erobern wissen, was das Ziel unserer ganzen Tätigkeit bildet. Was liegt uns also näher, als die sachliche und ruhige Überlegung jener Fragen, von denen sehr oft die genannten Voraussetzungen mehr oder minder abhängen?

Wer nur irgendein im Vordergrund der gewerkschaftlichen Bewegung thätig war, dem wird die Thatsache wohl nicht entgangen sein, daß die fupide Gleichgültigkeit an der nur zu oft die beste agitatorische Werbearbeit scheitert, in dem gewohnheitsmäßigen Genuße von starken alkoholischen Getränken ihre Grundursache befrist. Gewiß wird von keinem Kenner der marxistischen Wissenschaft bezweifelt, daß das soziale Elend, mit dem die bürgerliche Ordnung behaftet ist, der Ausbreitung des Alkoholismus Vorschub leistet und als wesentlichste Ursache der beeidenschaftlichen Erscheinung betrachtet werden muß. Der Morast der Gesellschaft erzeugt die gefährliche Stille, die in moralischer, ethischer und hygienischer Beziehung die Verfallschleife bedroht. Gesunde Entlohnung, übermäßige Anspannung, der Kräfte, mangelhafte Ernährung und mangelhafte Wohnungsverhältnisse führen naturgemäß zur Herabsetzung des Sammelbewußtseins, welchen der proletarier in die Verantwortung stellt, ihn so vollständig den begrenzten Wirkungen einer beschränkten Lebensmenge preiszugeben. Aber daraus folgt noch keineswegs, daß wir dem Alkoholsucht mit fatalistischem Gleichmut gegenüber zu stehen haben. Es liesse sich die Wirkungen jedes moralischen Kraft, jeder Selbstzucht und aller menschlichen Vernunft vornehmen, wenn wir daraus den Schluss ziehen wollten, daß jeder Versuch, Einflüsse, die unsere Bewegung kennen, als völlig aussichtslos von vornherein perhorresziert werden müsse. Die Unmöglichkeit und der Selbstverleugung, sind doch nicht minder der konsequente Ausfluß eines übermäßigen Ausbeutungssystems, das physikalisch und geistig verflucht, wie die Kränklichkeit in allen ihren mannigfaltigen Formen. Aber dürfen wir uns damit begnügen, diese Erscheinungen, als die Folgen bestimmter wirtschaftlicher Voraussetzungen, festzustellen, nur um sie unangesehen zu belassen, ohne Rücksicht auf jene Wirkungen, die sie für das proletarische Klasseninteresse besitzn? Darin erschöpft sich ja gerade zum großen Teile unsere Aufgabe, daß wir die Wirkungen eines zurückgeworfenen ökonomischen Zustandes auf die geistige Sphäre der Arbeiter-

lasse durch zweckmäßige Einschränkung aufzuheben bemüht sind. Die einst in den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung viel umstrittene Frage, ob wir durch Bildung zur Freiheit, oder durch Freiheit zur Bildung gelangen, ist längst in dem Sinne gelöst, daß die Schöpfung der Volksbildung ein unveräußerlicher Faktor für die Freiheitserweiterung eines Volkes ist. Ebenso verhält es sich mit der Alkoholfuge in ihren Beziehungen zur modernen Arbeiterbewegung. Sollen wir, wie oft an dem unumstößlichen Thatsache, daß die Trunksucht, sowie alle anderen sozialen Uebelthäten, aus der inneren Fäulnis und Reformbedürftigkeit der Gesellschaft resultiert, so ergibt sich für uns zweifellos das Eine, daß auch dieser Erscheinung mit bloßen gesetzlichen Maßnahmen nicht beizukommen ist. Allein, daß sich auch auf diesen wichtigen Punkt die erzieherische Aufgabe der Gewerkschaften zu erstrecken hat, um eine Läuterung der Sitten der ihrer vadaquodischen Punkt antwortenden Gesellschaftsmitglieder herbeizuführen, das ist jedem Einzelnen klar, und die geistige, unternehmische Tugend, die unter den Wirkungen des Alkohols leidet, abgestumpft, und unfähig zu denken, stellen sie das große Hindernis zur industriellen und ewig bedürftigen Masse, wie die das beliebte Material für unsere Kulturarbeit bilden, und die unter den härtesten Drangsalierungen in häßlicher Demuth zu leiden, mit einem reinen, der gerade hinreißt, den Hunger mit einem Glase Schnaps zu bekämpfen. Mit Recht nennt Friedr. C. Engels in seiner „Lage der arbeitenden Klassen Englands“ den Alkoholsucht, den trunksüchtigen Zustand als den gefährlichsten Konkurrenten der englischen Arbeiter, der fast ohne alle Bewusstseinsaufregung, an Entbehrung aller Art von Jugend auf gewöhnt, roh, trunksüchtig und unbekümmert um die Zukunft, seine Sitten nach England verpflanzte. So wie dort steht aber auch anderswo der Alkohol seine unheimlichen Wirkungen fort. Er bilde nicht allein die Grundlage zu der größten nationalökonomischen Unglut der Bedürftigen, er birgt auch neben der geistigen Demoralisation, die er mit sich führt, zum Teil direkt eine persönliche Gefahr für den Arbeiter in sich. Für die Wissenschaft ist es nämlich eine längst abgeschlossene Thatsache, daß der Alkoholsucht die Empfindlichkeit des Menschen abstumpft und die Beobachtungsgabe verringert. Wie alle Nervengifte übt er eine mehr oder minder starke Wirkung auf das Gehirn und trübt so das Deut- und Auffassungsbemögen auch dann, wenn der Genuß nur in fortgeschrittenen Mengen erfolgt. In diesen Fällen, die mit bestimmten Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind, gewinnt also die nachgewiesene Schwächung des Alkohols nur noch höhere Bedeutung. In dieser Beziehung spielt gerade eine der gefährlichsten Formen des Alkohols, der Branntwein, eine wichtige Rolle. Dort, wo der Arbeiter Ruhe und Mangel keine niedrigen Temperaturgraden ausgesetzt ist, führt die unter dem Volk verbreitete Annahme, der Alkohol sei ein Wärmegerzeuger, vielfach zu starkem Genuß von Branntwein, was naturgemäß die mannigfachen Gefahren, denen der Branntwein ausgesetzt ist, erhöht. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß das erhöhte Verlangen nach Wärme, das der Alkohol in uns erzeugt, auf einen künstlich beschleunigten Verbrennungsprozess in unserem Körper zurückzuführen ist, so daß ein erhöhter Teil der geschlossenen Nahrung nicht sofort und für die Ernährung verloren geht. Das von der Alkoholfuge über die thätigste Wirklichkeit hinwegtäuscht, das gerade erhöht seine Gefährlichkeit und Tüde.

Da hören wir aber schon die zweifelnden Steptiker, die da kommen und sagen: „Das bischen Alkohol, das ich trinke, richtet Niemanden das mögt Ihr uns ruhig lassen.“

Nun richtet sich wohl zunächst der Begriff „nur ein bisches“ stets nach den rein individuellen Bedürfnissen. Der Eine verträgt viel, der Andere weniger, auf alle Fälle ist es immer „nur ein bisches“, so lange dieses genossene Quantum nicht das Gefühl des Belästigtseins, des Raufsches hervorruft. Und doch schädigen auch geringe Mengen Alkohol den Körper um so beträchtlicher, je größeren Mischungen er gewachsen sein muß. Der geringe Anreiz, den der Alkohol durch seinen bau größere Widerstandsfähigkeit, erhöhtes Wärmegefühl und gesteigerten Mut verleiht, führt stets zur unausbleiblichen Neugier, der Erprobung, die wir durch stärkere Müdigkeit, Abgespanntheit und Eingemommenheit unseres Denkfähigkeits wahrnehmen.

Wenn wir unter Anführung aller dieser wissenschaftlich erzielten Thatsachen auf die Gefahren des Alkohols aufmerksam machen, dann thun wir es sicherlich nicht von den spießhakenhaftesten Vorurteilen bürgerlicher Wahnsinnsapostel. Wir wissen, daß die Alkoholfuge zunächst ein Teil der sozialen Frage ist, und bekämpfen den Alkoholismus deshalb, weil wir alle Auswüchse der bürgerlichen Gesellschaft bekämpfen müssen, wenn wir zum Ziele kommen wollen. Wir wollen den Arbeitern durch die Entzöpfung von Alkohol nicht den vermeintlichen „letzen Lugus“ rauben und ihre Bedürfnisse verringern. Wir thun das Gegenteil. Der Arbeiter soll den falschen Freund, der ihm in „edlen-Gewissenheit“ und in der falsche winkt, erkennen lernen, und er wird, statt sein Elend künstlich zu erkaufen und in tierischerer Stumpfheit Vergessenheit zu suchen, seine edlen Bedürfnisse verbessern und erweitern, was naturnotwendig zur menschlichen Vertretung seiner wichtigsten Interessen drängt. Das sind im Wesentlichen auch die Gründe, die die englischen und baskischen Gewerkschaften zu ihrer so tüchtigsten Stellungnahme zur Alkoholfuge bewegen haben. Wir brauchen denselben mit geundeter Thatsache und dem Gefühl der Verantwortlichkeit im täglichen Verfechten, wie nicht minder in unseren Gewerkschaften. Der Alkohol aber macht die Massen stumpfsinnig, gleichgültig und interesselos und zerrütet sehr oft eine Organisation gleich wie den Organismus des menschlichen Individuums. Bekämpfen wir das Vätergift durch Aufklärung und Erziehung in den Gewerkschaften und wir werden einen Feind weniger haben, der unsen auf die ökonomische und sittliche Verbesserung gerichteten Bestrebungen im Wege steht.

Fr. L.

Aus anderen Berufen.

Streits, Ausperrungen. Die Ausperrung der Schuhmacher in Firmen ist beendet. Die Fabrikanten haben kleinere Zugeständnisse gemacht; etwa 100 Arbeiter sollen nicht wieder in Arbeit gestellt werden. — Die Ausperrung in Zetelohn dauert noch an. — Ausge-

hert sind an 1600 Arbeiter der Zettelnburgschen Werkstatt in Geseesmünde; weitere Ausperrungen sollen in Wegesack und auf anderen Bremer Werften erfolgen. (Das Bremer Unternehmertum scheint ganz besonders stark vom Ausperrungsboom besessen zu sein, denn auch das Bauunternehmertum droht mit Ausperrung, wenn der Klempnerstreik nicht beendet wird.) — Der Streik der Berliner Stuckature ist durch Schiedspruch des Einigungsamts am Sonnabend beendet. — In Plauen i. V. erzielte die Stuckature nach einjährigem Streik die neunmonatliche Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnhöhe. — Die Stellen der Klempner haben ihren mehrwöchigen Streik mit gutem Erfolg beendet. — Die Bremer Klempner befinden sich im Streik.

Deutscher Holzarbeiterverband, Jahresabrechnung 1902. Der Verband hatte am Jahresabschluss in 610 Zahlstellen 7036 Mitglieder, dazu 645 Einzelmitglieder; gegen das Jahr 1901 bedeutet dies eine Zunahme von 19 Zahlstellen und 3510 Mitgliedern, die der Zuwachs auf dem Jahre 1900 ist um 291 Mitglieder überschritten; im 1. Quartal 1900 hat die Mitgliedschaft freilich schon 76384 betragen. Die Situation der Mitglieder ist im Zurückgehen, immerhin stehen im Berichtsjahre 31000 Aufnahmen 27490 Abgänge gegenüber. Die größte Mitgliedschaft stellen nämlich die Tischler mit 60293, in weitem Abstand folgen die Drechsler mit 6046, dann die Stelmacher mit 1898, die Stuckmacher mit 1277 und die Bürstenmacher mit 1082 Mitgliedern. — Die Gesamteinnahme ergl. Verhand. vom Vorjahre betrug M. 977 439,58, die Gesamtausgabe M. 796 137,92; es wurde also ein Reinerlös von M. 181 301,66 erzielt. Der Kassensaldo betrug am 1. Januar 1903 in der Hauptkasse M. 465 798,87, in den Kassen der Zahlstellen M. 48 926,37. Dazu kommen noch Bestände in Lokalstellen und Kassen M. 289 000. In der Einnahmestunde wurden die Wocheneinnahme M. 790 444,00, wovon auf das einzelne Mitglied M. 11,23 entfallen. Größere Ausgabenposten sind: Reiseunterstützung M. 86 570,59, Gemahregelunterstützung M. 27 812,48, Notstandsunterstützung M. 14 406,50, Umzugskosten M. 12 267,54, Rechtskosten M. 7415,05, Agitation M. 38 292,56, Streifenunterstützung M. 192 684,38, Fachzeitung M. 69 450, Druckkosten, Buchbinderearbeiten, Stempel zc. M. 17 501,76, sonstige Verwaltungskosten M. 7114,03, Kosten des Verbandstages M. 11 879,59, Gehälter M. 17 501,15.

Verband der Buchdrucker, Jahresbericht 1902. Bei Beginn des Jahres zählte der Verband 31 779 und am Jahresabschluss 34 588 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen (ohne Bestände) betrugen M. 1 807 184,37 (1901: M. 1 722 171,68), die Gesamtausgaben belaufen sich auf M. 1 791 050,68 (1901: M. 1 651 200,29), so daß ein Ueberschuß von M. 16 133,69 verbleibt. Alles in Allem bilanzierte die Verbandskasse im Jahre 1902 mit M. 5 038 460,58, also mit über 5 Millionen Mark. An Unterstellungen wurde gezahlt: Reiseunterstützung M. 807 006,12, Arbeitslosumunterstützung am Orte M. 590 610,95, Krankenunterstützung M. 538 125,01, Invalidenunterstützung M. 145 780,50, (dazu aus der Zentral-Invalidenkasse M. 53 886), Begräbniskasse M. 34 348,50 (dazu aus der Zentral-Invalidenkasse M. 1600), für Ausgaben wurden M. 1 670 886,58 (1901: M. 1 513 893,50) für Unterstellungen bezahlt. Dagegen ist für die Streiks, Ausperrungen, Währungsregeln beantragte Summe von M. 55 656,40 im Jahre 1901 auf M. 39 342,20 im Jahre 1902 zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit hat im Buchdruckerberufe in den letzten Jahren fofal zugenommen. Im Jahre 1900 entfielen 16 arbeitlose Tage auf das Mitglied, 1901: 27 und 1902: 81 Arbeitstagen. Im Berichtsjahre hat der Verband nicht weniger als 1 080 862 Tage Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, dazu kommen noch 400 143 Krankentage. Bei einem Durchschnitts-Mitgliederbestand von 33 369 waren 82 pSt. sämtlicher Mitglieder das ganze Jahr hindurch arbeitslos und 87 pSt. krank. Abgesehen von den Invaliden hatte der Verband die wirtschaftliche Erstlinge von rund 4000 Mitgliedern das ganze Jahr hindurch aufrecht zu erhalten.

Der Buchbinderverband im Jahre 1902. Die Organisation hatte an Jahresabschluss 7731 männliche und 2977 weibliche Mitglieder (Jahresdurchschnitt 10 206). Das Jahr hindurch sind 2811 männliche und 1848 weibliche Mitglieder aufgenommen worden und 2265 männliche und 1688 weibliche wieder ausgeschieden. An Beiträgen wurden vereinnahmt M. 140 356, von den männlichen Mitgliedern durchschnittlich M. 16,48 (zirka 44 Wochenbeiträge), von den weiblichen Mitgliedern M. 6,67 (zirka 44 Wochenbeiträge). Die Gesamteinnahme inkl. Kassensalden und Zinsen belief sich auf M. 343 952,95, die Ausgabe auf M. 107 819,16, so daß ein Kassensaldo von M. 236 633,80 verbleibt, davon in den Zahlstellen M. 12 880. Der Ueberschuß im Berichtsjahre beträgt M. 46 924,46. Größere Ausgabenposten sind: Arbeitslosumunterstützung M. 36 477,90, Agitation und Verwaltung in den Zahlstellen M. 20 759,24, Verbandsorgan M. 18 973,49, Umzugskosten M. 6952,58, Verwaltungskosten (sachliche) M. 6470,99, Gehälter und Delegationskosten M. 5950,73.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) 33. Heft des 21. Jahrgangs. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verlagsanstalten und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. In der Jubiläumsedition der Buchhandlungen ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Sozialdemokratie und Zentrum“. Unter diesem Titel hat die Buchhandlung Vorwärts die Rede Webel's herausgegeben, die hier als Antwort auf die Angriffe des Zentrumsdarstellungsorgans Dr. Schäbler in Wamberg gehalten hat. Webel's Rede ist nicht nur eine Verhöhnung gegen die wider ihn und die sozialdemokratische Partei gerichteten Vorwürfe und Beschuldigungen, sondern sie ist zugleich eine glänzende Rechtfertigung des Sozialismus und der Sozialdemokratie. In vernichtender Kritik zeigt Webel die Arbeiterfeindschaft des Zentrums, das jetzt unter dem Deckmantel der christlichen Liebe darauf ausgeht, Arbeiterstimmen zu fangen. In einem besonderen Anhang „Die Uebeln des Zentrums“ hat Webel die gegen die wirtschaftliche und geistige Vertretung der Arbeiterklasse gerichteten Absichten des Zentrums zusammengefaßt und den attemmehenden Nachweis von der Futurwidrigkeit und der Arbeiterfeindschaft des Zentrums erbracht. Der Einzelpreis für die Prospekt beträgt 20 A. Zur Agitation ist

eine billige Ausgabe hergestellt, die aber nur an Vertrauenspersonen, Wohlfamilität etc. abgegeben wird. Für diese ist der Preis: 500 Exemplare M. 20, 1000 Exemplare M. 30, 5000 Exemplare M. 125. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69, zu richten.

Dokumente des Sozialismus", herausgegeben von Gb. Wehrstein (Suttgart, Diez Verlag), fünftes Heft des 8. Bandes. Die Dokumente des Sozialismus, erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kiosken zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 A.

Der "Wahre Jacob", Nr. 11 seines 20. Jahrgangs Die Serie der "Wahre Jacob" wird in derselben durch das farbige Bild. Die Sammelblätter der "Wahre Jacob" zeigen Einzelne wie: Das Sommerfarbige Bild "Müllerbühnen", dessen Bild als den Geist der großen Arbeiterbewegung, dessen Wert als in Alles, was nicht zum Ordnungsbild gehört, zu führen und zu kritisieren. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Zur Beachtung für unsere Korrespondenten. Was Du thun willst, das habe ich. Wer dem Grundstein etwas zu berichten hat, der soll damit nicht Tage oder gar Wochen lang warten, sondern alle Voranfragen sofort melden. Dies gilt insbesondere für Bauunfälle etc., nicht minder aber auch für Versammlungsberichte. Redaktionsschluss ist für die jeweilige Nummer des Grundstein am Dienstag Morgen. Spätere Berichte haben in der Regel nur dann Aussicht auf sofortige Erledigung, wenn sie spätestens Montags Vormittags eingehen.

Des Verichtes Kürze sei seine Würze. Schreibe kurz und bündig, was sich zugezogen hat und las Dich nicht gelassen, durch allerlei Weisheitsgeschichten und unangebrachte Phrasen Deinen Stil zu verunreinigen.

Für Mittelteilungen, die zum Abdruck im Grundstein bestimmt sind, benutzt man nur eine Seite des Papiers.

Reinige Papier, möglichst von weißer Farbe, in der Größe von etwa 15 cm Breite und 25 cm Länge; lasse oben und unten einen Rand von je 2 cm und an einer Längsseite einer solchen von mindestens 4 cm. Der Abstand zwischen den Zeilen soll niemals weniger als 1 cm sein. Die einzelnen Blätter sollen nicht zusammengeheftet, sondern nummeriert werden.

Ausgaben in der Papiergröße sind nur bei Tabellen statthaft. Schreibe stets mit gut leserlicher Linie (rotz unvollkommen) und vergiß nie, mit Deinem Namen zu unterzeichnen. Anonymen Zuschriften bleiben unberücksichtigt.

Nimm Kauterks, die zu dem Papierformat passen, damit unnütze Brüche vermieden werden.

Wer diese Regeln beachtet, ist uns als Berichterstatter lieb und angenehm. Wer dagegen verfährt, erschwert der Redaktion unnützerweise die Arbeit und darf gewärtigen, daß bei großem Stoffandrang seine Berichte aufgeschoben werden oder gar in der Rubrik über nicht genügend frankierte Briefe und Karten werden nicht angenommen.

Wahm, Et. Ihre Veranlassungsanzeige wollen Sie bitte, so aufgeben, wie die übrigen im Grundstein veröffentlichten. Für diesmal werden wir die Anzeige einleiten lassen.

Bremerhaven, G. Solche Anzeigen nehmen wir nicht auf. Vielmehr fordert der Vorstand (in der Vorstandsbekanntmachung) das betr. Mitglied auf, sich zu melden.

Zentralverband der Maurer. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Protokoll.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Siebenten Verbandstages soll gedruckt und zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder abgegeben werden. Der Preis wird voraussichtlich 20 A betragen.

Wir ersuchen die Zweigvereine, umgehend Bestellungen zu machen und dazu die ihnen überlieferten Bestellkarten zu benutzen.

Die Bestellungen müssen so eingerichtet werden, daß der Bedarf gleich vollständig gedeckt ist. Nachbestellungen können keine Berücksichtigung finden.

Vereine, welche Bestellungen nicht machen, erhalten eine ihrer Mitgliedszahl entsprechende Zahl Exemplare ohne Bestellung zugesandt.

Statut.

Das neue Statut, ausschließlich der Bestimmungen betreffend Krankenunterstützung, ist mit dem 1. Mai d. J. in Kraft getreten. Krankenunterstützung wird laut Beschluß des Verbandstages, erst vom 1. März 1904 an geschaft. Das Streikreglement und der zwischen den Verbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer abgeschlossene Kartellvertrag hat ebenfalls am 1. Mai d. J. Gültigkeit erlangt. Jedes Mitglied erhält ein gedrucktes Exemplar des Statuts, Streikreglements und des Kartellvertrages alle drei Sachen zusammengefaßt) zugesandt. Die Zustellung haben die Zweigvereinsvorstände zu veranlassen.

Die Verfassung ist in letzter Woche beendet. Zweigvereine, die nicht im Besitze von Statuten gelangt sein sollten, bitten wir, umgehend Mitteilung zu machen.

Reisenunterstützung an Streikende.

Gemäß den Beschlüssen des Siebenten Verbandstages wird ab 1. Mai bei Ausperrungen und Streiks den abgerüsteten

Kollegen Reisenunterstützung gewährt und sind hierüber die nachstehenden Bestimmungen getroffen.

Die Zweigvereinsvorstände sind gehalten, diesen Bestimmungen ihre ganz besondere Beachtung zu schenken, insbesondere darauf zu sehen, daß die Auszahlung der Unterstützung nur in denjenigen Zweigvereinen erfolgt, die nach den Bestimmungen hierzu berechtigt sind.

Bestimmungen.

Werden Mitglieder durch Aussperrung oder Arbeitseinstellung zur Abreise genötigt, so kann ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft für die Zeit vom 1. März bis inklusive November sofort Reisenunterstützung gewährt werden, sofern die davon Betroffenen bei Verhängung der Aussperrung begünstigt bei Beginn der Arbeitseinstellung schon Mitglieder waren.

Die Höhe der Unterstützung beträgt M. 1,50 pro Tag und darf in nicht mehr als sechs Tagen an ein und dasselbe Mitglied ausgezahlt werden.

Die Unterstützung wird ausgezahlt in allen Zweigvereinen, welche sich in Orten mit mindestens 5000 Einwohnern befinden und über 50 km vom Großfahrte entfernt liegen, und zwar in Strohfabriken Dritte mit über 100.000 Einwohnern zweimal, in allen anderen Orten nur einmal.

Die Auszahlung darf nur an solche Mitglieder erfolgen, welche sich durch Verbandsbuch, Streifenkarte, sowie Reise-Legitimationskarte ausweisen können und wenn die Legitimationskarte eine gleiche Nummer hat wie die Streifenkarte und das Verbandsbuch.

Nach jeder Auszahlung bleibt die Reise-Legitimationskarte in Händen des Auszahlers und darf erst dann wieder ausgehändigt werden, wenn das betreffende Mitglied weiterreisen will, weil es am Orte keine Arbeit erhalten konnte.

Im Falle nachträglicher Arbeit ausgeschlagen wurde, ist die Karte überhaupt nicht mehr auszubändigen, ebenfalls nicht wenn der Betreffende einmal am Orte gearbeitet hat.

Die Reise-Legitimationskarten sind nach 14 Tagen, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, ungültig.

Ausfertigung der Mitgliedsbücher.

Bei uns bisher zu Händen gekommenen neuen Mitgliedsbüchern haben wir die Beobachtung gemacht, daß die Zweigvereinsvorstände zu wenig darauf sehen, daß auf Seite 2 des Mitgliedsbuches unter „Erklärung“ der Ortsname, das Datum, die Jahreszahl und die Namensunterchrift des Mitglieds ausgefüllt werden. Ebenfalls fehlt in vielen Büchern der Stempel des Zweigvereinsvorstandes.

Wir bitten, hiesige darauf achten zu wollen, daß die Ausfertigung der Bücher in korrekter Weise erfolgt.

Vom Verbandsvorstande bestätigt.

sind die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Ansbach, Senftenberg, Durlach, Radolfzell, Sonderburg, Wulstig und Nieder-Bildungen.

Als verloren gemeldet.

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen W. Stollmacher-Hamburg (Buch-Nr. 28 408), W. Barth-Verl. (109 512), A. Demmler-Hamburg (36 651), Albin Krieger-Dresden (18 632).

Als geschloffen.

sind auf Grund § 36 b des Statuts vom Zweigverein Berlin-Hilber: Hermann Seidel (alte Buch-Nr. 52 172), Emil Valer (alte Buch-Nr. 87 874), Konrad Fender (alte Buch-Nr. 202 852), Karl Howe (Buch-Nr. 3468), Hermann Freincke (3498); Friedeburg: Lambert Janßen (65 146); Staßfurt: Karl Delsch (102 154), Hermann Pfau (102 207), Franz Wallborn (102 205); Berlin (A u g e d): Nummer: Waaganz (782); Eichen: Fritz Bolin (100 644), Heinrich Uebe (124 651), Karl Hoffmeister (124 652); Zeitzendorf: Mich. Gersdorf (3203).

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 12. bis 18. Mai 1903 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

- Von den Zweigvereinen Leipzig M. 3200, Hannover 1200, Wiesloch 600, Bienen i. Bogl. 500, Dessau 200, Grimma 132,16, Biere 55,40, Gr. Wäldle 45, Ilna i. Weßf. 36, Bolzin i. Pom. 7,75, Mannheim-Ludwigshafen 450, Erfurt 300, Mühlberg 300, Suben 285, Werder a. d. S. 200, Cunnendorf 142, Glogau 62,40, Neubufow 172,08, Glauchau (Gefau) 160, Eßen a. d. N. 125, Friedeburg i. d. Neumark 100, Achim 40, Peggib. i. Bayern 16, Götting 150, Radolfzell 65, Lützen i. Nippenreig. 40, Greta 261,14, Hirschburg 160, Sigmaringen 62,74, Straßburg 58, Spandau 284,30, Gosen 65, Schilf 20, Göttingen 15, Bremen und Umg. 800, Bremerhaven 200, Josen 100, Göttingen 70, Göttingen 20, Graevenstein durch Sprünger 5, Wood i. Womn. 17,40, Töle a. Harz 17, Freiburg i. Br. 29,45, Biehingen 22,25, Neu-Ruppin 14,88, Stadlum 11,84, Bönitz 2,83, Cöllgen 3,60, Propstädt 108,79, Augsburg 41,33, Roden 20,42, Röhlsdorf 3,60, Mühlendorf 8,95, Dörmelstein 16,40, Fähr 226,24, Frankfurt a. M. und Umgend 708,21, Eßern 250.

Für Futterale.

Dessau M. 6, Bellen i. d. W. 3, Cunnendorf 5, Glauchau (Gefau) 8, Radolfzell 2, Fähr 2, Bremerhaven 20, Mühlberg i. Pr. 10.

Für Protokolle vom 6. Verbandstag in Mainz.

Frankfurt a. M. u. Umg. M. 2

Für Statist.

Frankfurt a. M. u. Umg. M. 12,50.

Für Broschüren „Was wir wollen“. Frankfurt a. M. u. Umg. M. 3.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabschnitten genau anzugeben, wofür das eingehende Geld bestimmt ist.

Hamburg 5, Z. 107er, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

Zentral-Verbands-Anzeige.

(Grundstein zur Einzigeil.)

In der Woche vom 10. bis 16. Mai sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Damburg M. 400, Potsdam 400, Mühlentod 300, Gpenid 200, Lübeck 200, Ballhorn 150, Weizelle 100, Siegelberg 60, Summa M. 1880. Zufüsse erblichen: Langel-Weißbach M. 200, Mannheim 200, Utria 200, Dresden 100, Josen 60, Lütberg 60, Seibelberg 60, Summa M. 870. A l l o n a, den 16. Mai 1903. J. A. Carl Reich, Hauptkassier, Mühlentstr. 57.

Anzeigen.

Sterbefälle.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Die Stelle kostet 15 A.)

Elmhorn. Am 15. Mai starb nach längerer Krankheit unser Verbandskollege Hermann Schmidt im Alter von 28 Jahren an Lungenschwindsucht. Erblich. Am 17. Mai starb unser Verbandskollege P. Lange zu Lubial an Kehlkopfschwindsucht im Alter von 21 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeld.

Ist in der Zeit vom 10. bis 16. Mai bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen: Herr. Gante-Gunnendorf (Frau), Buch-Nr. 62 566; Hermann Brandt-Niel (Frau), 33 772; Albert Jubel-Ellerberg (Frau), 66 956; Carl Preis-Meerane, 86 718; Reinhard Thilo-Berlin, 7164; Friedrich Werth-Neuhardenberg, 89 960.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einleitung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbenerunde desselben resp. seiner Ehefrau, sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wer Anspruch auf Sterbegeld hat.

Lokalsperre.

Den Kollegen von Reulitz und Umgend zu Nachricht, daß unser hiesiges Verkskolostal beim Gastwirt Johann untererleiis geliefert und von unsere Mitglederveransammlungen im Lokale des Gastwirts Krieger abgehalten.

Der Vorstand des Zweigvereins.

[M. 2,40] J. A. Wilhelm Bernau.

Aufforderung.

Am 12. Mai d. J. ist der Bauhilfsarbeiter Friedrich Gausmann, Egelösch (Eßen), wie gewöhnlich Morgens zur Arbeit nach Frankfurt a. M. gefahren und seitdem nach Egelösch nicht mehr zurückgekehrt. Wer über Verbleib und Aufenthaltsort des Genannten irgend welchen Auskunft geben kann, wird gebeten, an den Vater Philipp Gausmann V, Maurer, Egelösch a. d. Rängen (Eßen), diesbezügliche Mitteilung gelangen zu lassen. [M. 3,30]

Philipp Gausmann V, Maurer, Egelösch a. d. Rängen (Eßen).

Neudamm.

Am Sonnabend, 13. Juni, feiert unser Zweigverein feierlich die 4. Stiftungsfest

im Hotel „Kaiserhof“, wozu alle Kollegen und deren Familien freundlichst eingeladen sind. Anfang 6 Uhr Abends. [M. 2,70] Der Vorstand.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen alle Veranstaltungen der dem Erdelungsstages der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders ein-geliefert werden und die spätestens am Dienstagnorgen 8 Uhr in unsere Hände sein.)

Verbandsveranstaltungen der Maurer.

Sonnabend, 23. Mai.

Elmhorn. Abends 8 Uhr bei F. Ziegler. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Sonntag, 24. Mai.

Bonn. Vormittags 10 Uhr Mitgliederversammlung bei Frauend, Rofernen-straße 16. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Gandersheim. Nachmittags 2 Uhr im Hotel „Deutsches Haus“. Gastliches Erscheinen erwünscht.

Oranienburg. Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal, Wälfenstraße Nr. 17. Nachmittags 4 Uhr im Einschnitts' Restaurant. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

Zehdenick. Nachmittags 2 Uhr bei Selegel. Tagesordnung sehr wichtig. Jeder Kollege muss pünktlich erscheinen.

Dienstag, 26. Mai.

Liegnitz. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant „Sausou". Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Sonntag, 31. Mai.

Achim. Nachmittags 4 Uhr. Hintersee. Nachmittags 2 Uhr im Schuler'schen Gasthof zu Grofhteben. Abends über G. Malfer, Selbstschaltung über und Veranstaltungen. Montag, 1. Juni. Lehle. Nachmittags 2 Uhr bei Isege. Wichtige Tagesordnung. Alle Kollegen müssen pünktlich erscheinen.

Druck: Hamburger Buchbinderi- und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.